



KEIN AL QUDS TAG

Inhalte gegen
den Al Quds Tag

Liebe Leser*innen, das antifaschistische Bündnis gegen den Al Quds-Tag ist ein Zusammenschluss linker und antifaschistischer Gruppen, sowie Einzelpersonen aus Berlin. Schon seit mehreren Jahren informieren und demonstrieren wir gegen den alljährlich stattfindenden islamistischen Marsch, der zum Ende des Ramadans (arabischer Fastenmonat) auch in Berlin zur Tradition von hunderten Antisemit*innen geworden ist.

Dieses Jahr wollen wir mit einer Demonstration, einer Kundgebung und anschließendem Protesten wieder aktiv werden und gegen den größten antisemitischen Aufmarsch in Deutschland mobilisieren. Neben zahlreichen Info- und Mobilisierungsveranstaltungen im Vorfeld und Nachgang der Aktionen am 10. Juli, sowie einer gemeinsamen Party am selbigen Tag, bringt das Bündnis nun schon zum wiederholten mal eine Broschüre heraus.

Neben dem Aufruf und einer Übersicht zu den diesjährigen Terminen, sollen die abgedruckten Artikel einen ausführlicheren Überblick über Themen geben, die in einem engen Zusammenhang mit dem alljährlich stattfindenden Al Quds-Tag stehen, informieren und zu Diskussionen beitragen.



Wir wünschen erneut viel Spaß beim lesen und sehen uns bei den Vorträgen und vor allem am 10. Juli bei der Demonstration gegen den Al Quds-Tag!

- 3 Kein Al Quds-Marsch 2015
- 10 Schweigen —
Die linksradikale Antwort auf antisemitische Gewalt
- 14 Der Kriegswille der Hamas und die Gleichgültigkeit
der deutschen Mehrheitsgesellschaft
- 20 Von wegen importiert — Seit Langem tradiert.
- 24 From bad to worse
Die Verhandlungen über das iranische Atompro-
gramm & der Charakter des Regimes
- 30 Pinkwashing — Israels „schwuler Propagandakrieg“
- 36 Islamischer Faschismus?
- 42 Das islamische Zentrum Hamburg und die antise-
mitische Propaganda des iranischen Regimes in
Deutschland
- 49 Gefährlicher Kulturaustausch: Wie deutsche Uni-
versitäten den Antisemitismus und Terrorismus der
iranischen Mullahs legitimieren
- 55 Termine

Gemeinsam gegen den größten antisemitischen Aufmarsch Deutschlands!

Wenn über tausend Antisemit*innen gemeinsam auf die Straße gehen, um gegen die Existenz des jüdischen Staates zu demonstrieren, dann sollte das eigentlich Grund genug sein, eine breite Gegenöffentlichkeit zu schaffen und ihnen nicht das Feld zu überlassen. Obwohl der jährliche Al Quds-Marsch die größte regelmäßig stattfindende antisemitische Veranstaltung in Berlin ist, ruft dies lediglich bei wenigen eine Bereitschaft zum Protest hervor. Was ist das für ein Tag, an dem auch in Berlin zur Vernichtung Israels aufgerufen wird?

Die Bedeutung des Al Quds-Tages

Der Al Quds-Tag (Quds = arabisch für Jerusalem) ist ein politischer Kampftag für die Eroberung Jerusalems und Vernichtung Israels, der 1979 von Ayatollah Khomeini, dem iranischen Revolutionsführer, eingeführt wurde. Er wird nicht nur als Tag des Widerstandes gegen den jüdischen Staat verstanden, sondern auch als „Kampftag für die Unterdrückten der Welt“. Mit der Forderung, dass „die Unterdrückten“ sich ausgerechnet gegen den jüdischen Staat zur Wehr setzen sollen, steht der Al Quds-Tag in einer antisemitischen Tradition: Die Idee einer „jüdischen Weltverschwörung“, die für alle Übel der Gegenwart verantwortlich sein soll, war bereits zentraler Bestandteil der antisemitischen nationalsozialistischen Propaganda. Für die Islamische Republik Iran ist Antisemitismus seit der Gründung im Jahr 1979 zentraler Bestandteil der Staatsideologie.

Antisemitismus als das verbindende Element

Charakteristisch für die antisemitische Ideologie ist es, sich selbst als Opfer „der Juden“ zu imaginieren. Bereits im Vorwort seines Hauptwerkes „Der islamische Staat“ verkündete Khomeini: „Die Juden waren es, die als erste mit der antiislamischen Propaganda und mit geistigen Verschwörungen begannen.“ Die Idee einer globalen jüdischen Verschwörung mobilisiert nun seit fast 20 Jahren alljährlich Islamist*innen nach Berlin, wo sie in Begleitung von Neonazis, Verschwörungsideolog*innen und israelhassenden Linken gemeinsam gegen den Staat Israel und für das islamistische Regime im Iran demonstrieren. Der Antisemitismus und die Frontstellung gegen die USA und Israel sind

der stärkste Kitt dieser unterschiedlichen reaktionären Kräfte. Antiamerikanismus, eine pauschale Globalisierungsfeindschaft, eine ideologische Ausrichtung gegen Vorstellungen von liberaler Demokratie und moderner Gesellschaft eint islamistische, nationalistische und antiimperialistische Kräfte.

Auch bei fast allen Aufmärschen, die letztes Jahr anlässlich des Gaza-Krieges stattfanden, wurde Zionismus als weltumspannende, die Medien kontrollierende Macht imaginiert. Zu den gerufenen Parolen zählten in den vergangenen Jahren nicht nur „Kindermörder Israel“, „Frauenmörder Israel“ und „Zionisten sind Faschisten“. In Berlin skandierte eine Menge „Jude Jude feiges Schwein“, an anderen Orten „ Hamas, Hamas, Juden ins Gas“, „Tod den Juden, Adolf Hitler!“ sowie „Lügenpresse“. Dass „die Juden die Presse beherrschen“ sollen, ist ein alter antisemitischer Hut, der gerne immer wieder zum richtigen Zeitpunkt ausgepackt wird. Ebenso bedienen sich diese Parolen alter, antijüdischer Bilder. Deutlich werden hier auch die antisemitischen Traditionen und wie Antisemitismus über vermeintliche Israelkritik auf fruchtbaren Boden stößt. Dass eliminatorischer Antisemitismus immernoch allgegenwärtig ist zeigen die restlichen Parolen sowie der Prediger Abu Bilal Ismail, der in der Berliner Al-Nur Moschee forderte „Oh Allah, zerstöre die zionistischen Juden, zähle und töte sie alle.“ Die Wuppertaler Synagoge wurde mit Molotow-Cocktails angegriffen. Die Vorfälle blieben weitgehend ohne ernsthafte Konsequenzen. Bei dem Anschlag auf die Synagoge sah das Gericht keine Anhaltspunkte für eine antisemitische Tat und wertete ihn damit quasi als eine Form der „Israelkritik“. Die antisemitischen islamistischen Mordanschläge in Europa, wie die in Paris und Kopenhagen, erregten bei der deutschen Linken kaum Empörung.

70 Jahre nach der militärischen Zerschlagung Nazi-Deutschlands und der Beendigung seines antisemitischen Vernichtungsprojekts gilt es, denjenigen klar zu widersprechen, die Antisemitismus als ein importiertes Problem begreifen. Nicht nur Studien zeigen, dass ein relevanter Teil der deutschen Bevölkerung bis heute antisemitisch denkt. Fast wöchentlich werden jüdische Friedhöfe beschädigt, jüdische Einrichtung müssen weiterhin bewacht werden und viele Jüdinnen*Juden fühlen sich nicht mehr sicher. Der deutsche Antisemitismus hat Tradition, und tritt regelmäßig klar zu Tage. Er kann derzeit jedoch nicht so offen ausgetragen werden, wie im Holocaust-Leugner-Regime Iran.

Der Iran und seine Hegemonialpolitik

Der Al Quds-Tag ist vor allem ein Kampftag des iranischen Regimes. Zu dessen Opfern gehörten zuerst die Menschen im Iran: Zehntausende Oppositionelle, die seit 1979 hingerichtet wurden, ebenso wie LGBTIQ* oder Menschen, die sich vom Islam abwenden. Die Unterdrückung von Frauen und die Verfolgung religiöser Minderheiten wie der Bahai, sind weitere Kapitel der traurigen Historie der Islamischen Republik. Schließlich endet das verheerende Werk der Mullahs nicht an den Landesgrenzen: neben der Destabilisierung des Irak, die maßgeblich zur Entstehung des Islamischen Staates beitrug, unterstützt das Mullahregime den syrischen Diktator Bashar al Assad bei seinem Krieg gegen die eigene Bevölkerung nicht nur mit Waffen, sondern auch mit Einheiten der islamischen Revolutionsgarden. Während die Hisbollah im Libanon seit ihrer Gründung 1982 aus dem Iran finanzielle, politische, militärische und ideologische Unterstützung erhält, unterstützt das Mullah-Regime aber auch die sunnitische Hamas und brüstet sich seit Neuestem damit, mit Sanaa im Jemen (wo der Iran schiitisch-islamistische Rebellen mit Waffen versorgte) eine vierte Hauptstadt in der arabischen Welt unter Kontrolle zu haben. Kassem Soleimani, Kommandeur der Eliteeinheit der „Quds“-Brigaden, kündigte an, als nächstes Jordanien kontrollieren zu wollen.

Das Atomprogramm und die Handelsbeziehungen

Gleichzeitig treibt das iranische Regime seine atomare Bewaffnung voran. Dies bringt nicht nur den jüdischen Staat in höchste Gefahr. Ein islamistisches Regime mit Atomwaffen ist die drängendste antisemitische Bedrohung der Gegenwart und nicht nur für die gesamte Region von existenzieller Bedeutung. Dennoch nimmt der Druck auf das iranische Regime in den Verhandlungen über sein Atomprogramm ab.

Die Sanktionen sind bereits Ende 2013 abgeschwächt worden, und in den derzeitigen Verhandlungen der P5+1 mit dem iranischen Regime, die am 30. Juni in einem Abkommen münden sollen, werden dem Regime Zugeständnisse gemacht, die die atomare Infrastruktur des Regimes intakt lassen und den Weg zur Atombombe ebnen. Dennoch ist fraglich, ob es ein Abkommen geben wird, da das iranische Regime bisher zu keinen substantziellen Zugeständnissen bereit ist.

Diese Entwicklung findet statt, während unter der Präsidentschaft Hassan Rohanis die Hinrichtungszahlen stark angestiegen sind. Statistisch gesehen wird alle sechs Stunden ein Mensch von Rohanis Regime ermordet.

Deutschland zählt weiterhin zu den wichtigsten Handelspartnern des antisemitischen Regimes. Deutsche Unternehmen bereiten sich auf das Ende der Sanktionen und auf einen Ausbau der Geschäfte vor – darunter einige Firmen wie Siemens und ThyssenKrupp, die als Stützen des nationalsozialistischen Regimes an der Plünderung Europas und Zwangsarbeit profitiert haben. Lobbyorganisationen werben seit Monaten für den Wiedereintritt in den „interessanten“ Markt, der Millionen an Profit verspricht. Die Außenhandelskammer in Teheran wird dabei tatkräftig von der Bundesregierung unterstützt.

Zeit, aktiv zu werden

Es gilt, nicht aus einem falsch verstandenen Antirassismus heraus zu den Unzumutbarkeiten der Islamischen Republik zu schweigen. Dementsprechend wird es auch dieses Jahr am Al Quds-Tag darum gehen, kompromisslos klarzumachen, dass Antisemitismus, LGBTIQ*-Feindlichkeit, Sexismus und andere faschistoide Zumutungen auch dann nichts auf Berliner Straßen verloren haben, wenn sie sich unter dem Banner des politischen Islam zu organisieren suchen.

Stattdessen wird es unser Anliegen sein, unmissverständlich unsere Solidarität mit dem jüdischen Staat kundzutun und den Vernichtungsdrohungen der islamischen Republik und ihrer Unterstützer*innen in Berlin entgegenzutreten. Unsere Solidarität gilt den säkularen und demokratischen Kräften, die im Iran für den Sturz des Regimes kämpfen. Und ebenso all jenen, die in der arabischen Welt, im Iran und anderswo für die Freiheit kämpfen, für die es indiskutabel ist, sich dem Terror des politischen Islams zu unterstellen und für die noch immer das Ziel lautet, in einer Gesellschaft zu leben, in der die individuelle freie Entwicklung die unhintergehbare Voraussetzung für die Entwicklung aller ist.

Solidarität mit den von Antisemitismus,
LGBTIQ*-Feindlichkeit und Patriarchat
Betroffenen!

Solidarität mit den
emanzipatorischen Kräften im Iran!

Solidarität mit Israel!

Nieder mit dem Al Quds-Tag!

Nieder mit dem
Holocaust-Leugner-Regime im Iran!



Die linksradikale Antwort auf antisemitische Gewalt

„Israel du feiges Schwein“, „Kindermörder Israel“ oder „Zionisten sind Faschisten, töten Kinder und Zivilisten“: Die Parolen die alljährlich auf dem Quds-Marsch in Berlin zu hören und lesen sind, haben mit einer vermeintlichen „Israelkritik“ nichts zu tun. Ganz im Gegenteil, hier wird blanker Antisemitismus propagiert. Aber dieser Antisemitismus zeigt sich nicht nur dort, verbal und in großer Menge auf den Straßen Berlins, sondern auch in Gewalt gegen Synagogen oder gegen Personen, die als Jud*innen zu erkennen sind. Auch Menschen, die sich an israelsolidarischen Demonstrationen beteiligen oder einfach nicht die Positionen der Antisemit*innen vertreten, werden zu einem Feindbild gemacht. So versuchten Teilnehmer*innen einer Pro- Palästina Demonstration am 11. Juli vergangenen Jahres in Essen (NRW) eine Synagoge anzugreifen. Die eingesetzten Polizeibeamten hatten Schwierigkeiten den Mob daran zu hindern. Eine Woche später, hatte u.a die Jugendorganisation solid in der gleichen Stadt im Ruhrgebiet, zu einer Demonstration unter dem Motto „Stoppt die Bombardierung Gazas“ aufgerufen. Nach der

Auflösung der Demonstration liefern ca. 400 Teilnehmer*innen durch die Innenstadt und traf auf dem Bahnhofs- Vorplatz auf eine pro- israelische Kundgebung. Nur in letzter Minute konnte die Polizei die Versammlung vor der Kundgebung stoppen. Vor der Polizeikette versammelten sich unter „Tod den Juden“ und „Heil Hitler“- Rufen und Würfen in Richtung der eingekesselten Demonstrant*innen, mehr und mehr Personen. Die Polizei musste die israelsolidarische Kundgebung schlussendlich mit einem Bus evakuieren. Auch 300km nördlich, in Bremen, kam es im Juli vergangenen Jahres am Rande einer Spontandemonstration gegen israelische Militäreinsätze, zu zwei gewalttätigen Angriffen. In Anwesenheit von Polizisten wurde ein*e Journalist*in bewusstlos geschlagen. Mehrere Personen griffen außerdem ein*e Antifaschist*in an, die danach mehrere Tage schwerverletzt im Koma auf der Intensivstation lag.

„Fight Antisemitism“ – ein Phrase ohne Inhalt

Auch wenn sich diese antisemitischen Ausschweifungen und Übergriffe geographisch unterscheiden, haben sie eins gemeinsam: Eine öffentliche Skandalisierung oder Problematisierung ist nicht vorhanden. Nach den antisemitischen Ausschreitungen des letzten Jahres hat keine linksradikale, bundesweite Demonstration stattgefunden, die sich eindeutig mit den Betroffenen der antisemitischen Gewalt solidarisiert. Es gab – so gut wie keine – Kundgebungen oder öffentlichen Stellungnahmen von Gruppen oder Einzelpersonen, die die Übergriffe problematisieren. So hatten linksradikale Gruppen aus Berlin Schwierigkeiten damit, Bündnispartner*innen zu finden, die sich an einer Kundgebung gegen Antisemitismus beteiligten. Diese Tatsache macht sprachlos. Niemand bestreitet gegen Antisemitismus zu sein, trotzdem ist das Schweigen der Massen nach antisemitischen Übergriffen ein deutliches Zeichen. Welchen Stellenwert nimmt das Thema Antisemitismus im linken Alltag eigentlich noch ein? Obwohl sich deutsche Antifaschist*innen den „Kampf gegen Antisemitismus“ seit Jahren auf die Fahnen geschrieben haben, sieht die Praxis dieses Parole sehr ernüchternd aus. Personen, die sich selber dem linken Spektrum zuordnen, sind teilweise, wie das Beispiel aus Essen zeigt, sogar als Organisator*innen tätig. Das macht die Sache nicht gerade einfacher.

„Nicht schon wieder dieses Nahostkonflikt“

Es stellt sich daher die Frage, woher dieses Schweigen resultiert. Das Themengebiet Antisemitismus komplett aus der politischen Arbeit auszuklammern, scheint vielen der bequemste Weg, nicht in den Verdacht zu geraten, "antideutsch" zu sein. Es besteht Angst vor einer Positionierung oder einfach vor der nächsten Nahostkonflikt-Diskussion. Gerne wird dieses Motiv jedoch auch als Vorwand genutzt, nicht mit Gruppen oder in Bündnissen partizipieren zu müssen, da diese oder jene Gruppe israelsolidarisch sei. Eine Konfrontation mit dem Antisemitismus, auch innerhalb der eigenen Szene, wird somit einfach aus dem Weg gegangen. Gruppen oder Bündnisse, die sich als israelsolidarisch oder womöglich noch als „antideutsch“ labeln werden wie 'Schmuddelkinder' behandelt – und mit denen spielt man nicht. Nochmal zur Erinnerung: Wir reden hier von Übergriffen, die unter „Heil Hitler“ und „Judens ins Gas“- Parolen verübt würden. Es werden auf öffentlicher Straße Personen angegriffen, die als Juden zu erkennen sind. Antifaschist*innen, die (größtenteils) in Deutschland sozialisiert wurden und deren Großeltern damit zur Tätergeneration im NS gehörten, suchen nicht einmal Antworten auf diese Taten, die sich im letzten Sommer auf den Straßen Deutschlands abgespielt haben. Es werden vermeintliche Szenekonflikte als Vorwand genutzt um bei dem Schweigen mitzumachen.

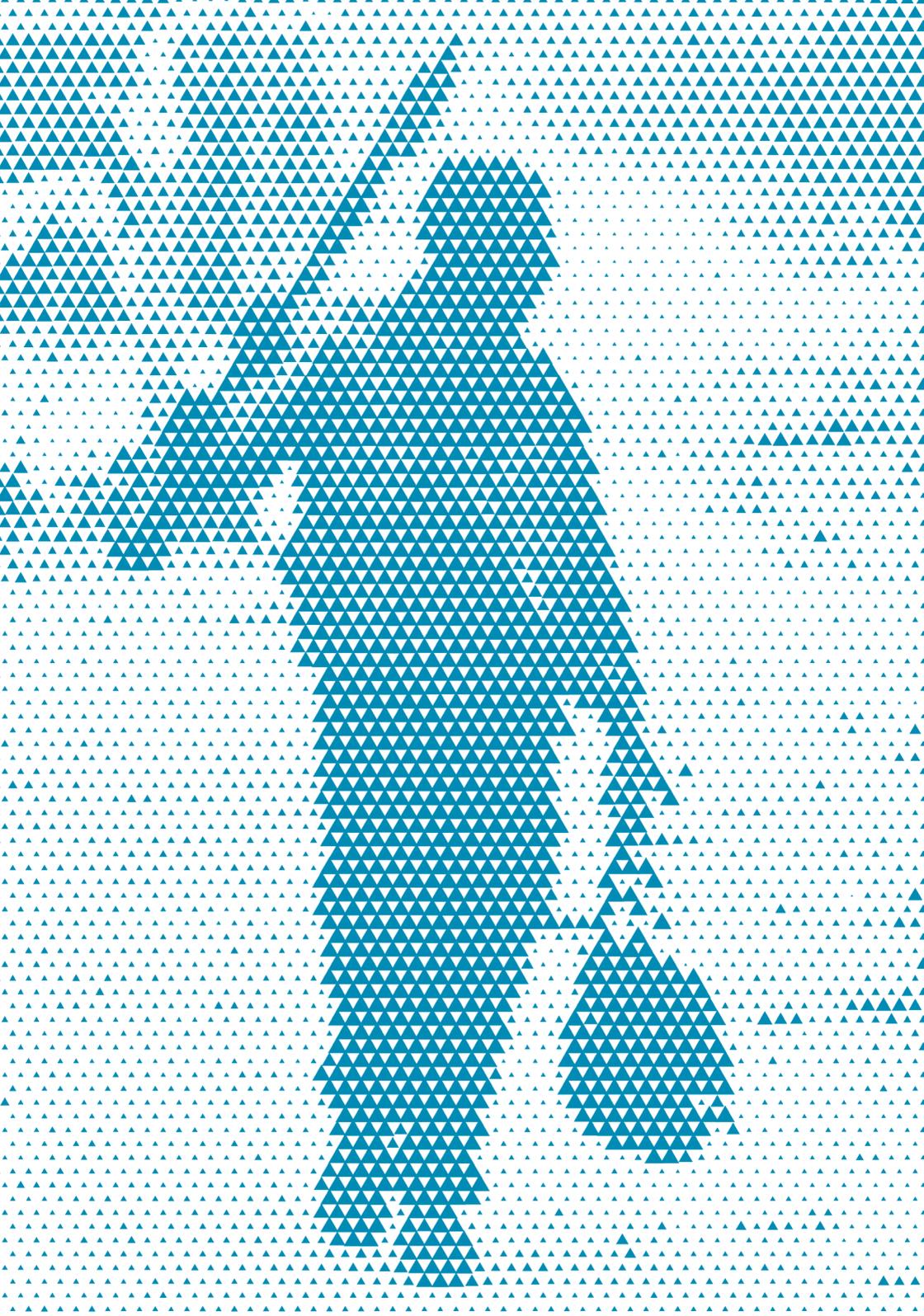
Die Beschissenheit der Dinge oder die Sache mit dem falsch verstandenen Antirassismus

Dieses Schweigen der Massen resultiert oftmals auch aus einem falsch verstandenen Antirassismus. Weiße Personen sind sich unsicher, ob sie gegen eine Demonstration protestieren können, die größtenteils von Menschen besucht wird, die von Rassismus betroffen sind. Wären es Zugehörige der Mehrheitsgesellschaft und nicht Palästinenser gewesen, die die Brandsätze gegen die Synagoge letztes Jahr in Wuppertal geworfen hätten, die Resonanz wäre anders ausgefallen. Ähnlich wie das Gericht, dass diese Tat nicht als antisemitisch einstufte, sondern den Angeklagten abnahm, dass diese damit die Aufmerksamkeit auf den Gaza-Konflikt lenken wollten, stufen auch viele Linke, antisemitische Gewalttaten von Nicht- Deutschen oftmals als „harmloser“ ein, da diese aus eigener Betroffenheit ausgeübt

würden. Antisemitische Gewalttaten bleiben antisemitisch, egal von wem diese verübt werden. Die Motive der Tat und die Analyse der Beweggründe, mag vielleicht bei Weißen eine andere sein als bei Personen, die als nicht- deutsch wahr genommen werden oder sogar eine Fluchtgeschichte aus dem Nahen Osten haben. Trotzdem sollte auf diese Taten eine öffentliche Solidarisierung mit den Betroffenen stattfinden und keine nicht- Reaktion, weil die ineinander verwobenen Herrschaftsverhältnissen überfordern, denen man selber ausgesetzt ist. Dass unsere Gesellschaft enorm viele Widersprüche produziert, ist nichts neues und hat noch niemanden davon abgehalten auf diese Beschissenheit der Dinge zu reagieren. Es geht dabei nicht darum, politische Kämpfe gegen Rassismus und Antisemitismus gegeneinander auszuspielen. In Zeiten, in denen sich das Mittelmeer zu einem noch größeren Massengrab entwickelt, weil sich Europa vor Flüchtlingen aus Ländern abschottet, die vor Verfolgung, Tod und Hunger fliehen, halten wir deutliche, antirassistische Signale für unumgänglich. Trotzdem ist es nunmal mehr als offensichtlich, dass die radikale Linke in Deutschland bei antisemitischen Taten zu keiner Reaktion bereit ist.

Antisemitismus im linksradikalen Blickfeld

Das ist alles nicht so einfach, auch wir stoßen bei unserer Arbeit gegen Antisemitismus immer wieder auf Probleme und Fragen, die uns beschäftigen. Es gibt jedenfalls Protestformen und Sprüche, die wir für unangebracht halten. Bei einer Versammlung wie dem Quds-Marsch handelt es sich nicht eine Neonazi- Demonstration, die Teilnehmer*innen unterscheiden sich in Ideologie und Politikform. Provokation und Militanz sehen wir dort nicht als geeignete Gegenstrategie. Trotzdem: Demonstrationen, wie der alljährlich stattfindende Quds-Marsch gehören in das Blickfeld antifaschistischer und linksradikaler Politik. Anti- emanzipatorische Inhalte dürfen nicht unwidersprochen verbreitet werden, egal von wem diese ausgehen.



Der Kriegswille der Hamas

und

die Gleichgültigkeit der deutschen Mehrheitsgesellschaft

Im letzten Jahr begannen Verhandlungen der Fatah und Hamas für eine palästinensische Einheitsregierung. Mit Aufnahme der Verhandlungen begann die Hamas wieder verstärkt Raketen auf den Süden Israels abzuschießen. Und zwar nicht erst im Sommer, sondern schon ab Januar 2014 wurden Raketen aus dem Gazastreifen auf Israel abgefeuert, bis zum Juni waren das monatlich einige Dutzend. Nachdem am 2. Juni die palästinensische Einheitsregierung vereidigt wurde, verstärkte die Hamas zeitgleich ihren Raketenbeschuss auf Israel. Wochenlang schaute die israelische Regierung dem Raketenbeschuss mehr oder weniger zu. Man hoffte darauf, dass die Angriffe wieder nachlassen würden. Aber genau das Gegenteil trat ein: Die antisemitischen Terrororganisationen Hamas und Islamischer Dschihad intensivierten ihre Angriffe aus dem Gazastreifen. Um dies zu unterbinden, startete die israelische Armee am 8. Juli die Militäroperation Protective Edge, mit der der Raketenbeschuss gestoppt werden sollte. Obwohl der Grund für den massiven Raketenbeschuss eindeutig war, interessierten die Fakten in Deutschland so gut wie niemanden. Es wurden Dinge vermengt, die nichts miteinander zu tun hatten, Pseudowissen wurde gestreut und es wurde das berichtet, was viele selbst gern hören wollten.

Der Krieg gegen die israelische Zivilbevölkerung

Die Hamas war von der Angst besessen in der Bedeutungslosigkeit zu verschwinden. Sie hatte immer mehr ihrer Bündnispartner und Sympathisanten in der islamischen Welt verprellt. Die Folge daraus waren immer weniger Finanzleistungen für ihre

Waffen und ihre Infrastruktur. Um weiterhin die Gehälter ihrer Angestellten bezahlen zu können, stimmte sie der Einheitsregierung mit der Fatah zu. Um aber wieder verstärkt als der führende Arm im Kampf gegen den jüdischen Staat wahrgenommen zu werden, beschloss die Hamas die Waffenruhe aus dem Herbst 2012 (die sie zuvor schon oft genug brach) endgültig aufzukündigen. Seit Beginn des Versuchs Israels im letzten Jahr, seine Bevölkerung vor den Raketen der Hamas zu schützen, nahm die Hamas sofort die größten israelischen Städte, wie Jerusalem, Tel Aviv und Rishon Le-Zion unter Raketenbeschuss. Der Radius wurde in der Folge immer größer, erst schlugen Geschosse in Hadera ein und irgendwann lag selbst Haifa in der Reichweite der Raketen. Irgendwann bedrohten die Hamas-Raketen sechs Millionen Israelis, das waren Dreiviertel der Bevölkerung. Es wurden mehr als 4.400 Raketen aus dem Gazastreifen auf Israel abgefeuert (dutzende davon auch von Kämpfern der Fatah). Die Raketen aus dem Gazastreifen schlugen nicht nur in israelischen Ortschaften ein, immer wieder versuchte die Hamas den Atomreaktor in Dimona zu treffen. Zudem schlugen Hamas-Raketen auch in den palästinensischen Autonomiegebieten ein, beispielsweise in Bethlehem und sogar in ihrer Hochburg Hebron - von den hunderten Raketen, die noch im Gazastreifen niedergingen und dort auch Zivilist*innen töteten, ganz zu schweigen. Und lange Zeit war kein Ende in Sicht: Die Hamas hatte einen von den Vereinten Nationen vermittelten Waffenstillstand abgelehnt. Die Hamas hatte einen von Ägypten vermittelten Waffenstillstand abgelehnt. Und die Hamas hatte einen vom Internationalen Roten Kreuz vermittelten Waffenstillstand abgelehnt. Israel hatte jedes Mal zugestimmt. Und davor brach die Hamas 15 vereinbarte Waffenruhen, die Israel jedes Mal einhielt. Die Hamas hatte kein Interesse am Ende des militärischen Konflikts. Je länger das Ganze dauerte und umso mehr Tote es gab, umso mehr Popularität erhofft sie sich. Die Hamas-Spitze hatte dabei nichts zu verlieren. Ihre Führung saß entweder im sicheren unterirdischen Tunnelsystem im Gazastreifen oder in Luxushotels in Katar. Die Hamas-Führung dürfte wohl durch die umfangreichen israelischen Sicherheits- und Verteidigungsmaßnahmen, mit der die israelische Zivilbevölkerung geschützt wurde, frustriert gewesen sein, aber ihre Strategie bestand auch darin, die Menschen in Israel psychologisch zu bekriegen. So waren viele Menschen traumatisiert, einige starben an Herzinfarkten. Große Freude bestand

in der Hamas-Führung aber hinsichtlich der Zahl der getöteten Zivilist*innen im Gazastreifen. Denn durch jede weitere tote zivile Person, ging die Strategie der Islamisten immer mehr auf: Israel wurde in der Öffentlichkeit allein für den Konflikt verantwortlich gemacht und immer weiter verteufelt.

Der Terror gegen die Bevölkerung des Gazastreifens

Dabei war es die Hamas, die in dieser militärischen Auseinandersetzung für jeden tote zivile Person im Gazastreifen verantwortlich war: Die Hamas feuerte ihre Raketen auf Israel von Krankenhäusern, Wohnhäusern, Schulen und Kindergärten aus ab. Die Hamas lagerte ihr Waffenarsenal in Krankenhäusern, Wohnhäusern, Schulen und Kindergärten. Die Hamas zwang Zivilist*innen dazu als menschliche Schutzschilde zu dienen. Und die Hamas verweigerte verletzten Zivilist*innen sich in israelische Behandlung zu begeben. Dies stellte Israel vor der Wahl: Zivilist*innen bei Angriffen auf militärische Ziele in Kauf nehmen oder sich selbst beschießen zu lassen und die eigene Bevölkerung der Lebensgefahr aussetzen. Egal wie Israel sich verhalten hätte, es konnte moralisch nur verlieren. Die Hamas-Führung benutzte den Konflikt mit Israel aber auch dazu, um von der Weltöffentlichkeit unbeachtet noch gewaltsameren Terror gegen die palästinensische Bevölkerung zu verbreiten als sonst: So startete sie die „Operation Hals erwürgen“. Deren Zweck bestand darin, Angst unter den Menschen zu schüren, um das eigene Regime weiter zu festigen. Auf Anweisung ihrer Führung haben Hamas-Sicherheitsleute ihre Opfer brutal gefoltert und ermordet. Die Angehörigen der Opfer mussten danach dann unter Drohungen die Leichen abholen. Die Körper waren auf grauenhafte Weise entstellt. Dies sollte sich als Drohung herumsprechen, die Hamas nicht zu kritisieren. Schon im August 2014 konnte man Videos davon im Internet sehen. Aber erst Ende Mai 2015 veröffentlichte die Organisation Amnesty International dazu eine Mitteilung, woraufhin auch erstmals internationale Medien darüber berichteten. Gegen Israel erhob die Organisation allerdings schon im letzten Jahr schwere Vorwürfe, aufgrund seiner Kriegsführung. Diese Prioritätensetzung dürfte für sich sprechen.

Die Hamas als Hort menschenverachtender Ideologien

Auch ein Jahr nach dem gewaltsamen Konflikt gilt es noch, an die getöteten Israelis und die getöteten Zivilist*innen aus dem

Gazastreifen zu erinnern. Sie alle sind Opfer der islamistischen Terrororganisation Hamas. Deswegen kann es für emanzipatorische Linke keine Alternative dazu geben, gegen jeden Versuch anzukämpfen, die Hamas in irgendeiner Art und Weise als Partner (und sei es nur als Gesprächspartner) anzuerkennen. Das Ziel der Hamas ist es nicht nur, die jüdische Bevölkerung in Israel vernichten zu wollen. Die Hamas geht auch generell mit brutalem Terror gegen die Bevölkerung im Gazastreifen vor – besonders Frauen und Homosexuelle leiden unter dem islamistischen Regime. Und deswegen gilt es nicht nur gegen die Hamas zu demonstrieren, weil diese gewillt ist Jüdinnen und Juden zu töten und den Staat Israel auszulöschen. Sondern es muss auch gegen die anderen menschenverachtenden Taten dieser Vereinigung protestiert werden. Die Hamas hat im Gazastreifen eine Diktatur errichtet und unterdrückt die dortige palästinensische Bevölkerung. Proteste gegen ihr Regime, werden im Keim erstickt. Mutige Menschen, die sich offen für Freiheit und Selbstbestimmung einsetzen, werden von der Hamas pauschal der „Kollaboration mit Israel“ bezichtigt, eingekerkert und hingerichtet. So wird das Entstehen einer Freiheitsbewegung schon von vorn herein unmöglich gemacht. Unterdrückt werden aber nicht nur politische Aktivist*innen, sondern auch die Frauen in Gaza. Sie werden nicht als gleichberechtigt angesehen und haben sich den strengen Verhaltensregeln der Islamisten unterzuordnen. Unterdrückt werden auch Homosexuelle, sie sind in Gaza mit dem Tod bedroht - sie müssen in Furcht leben und hoffen, nicht von der Hamas erwischt zu werden. Aus diesen Gründen versuchen auch immer mehr Menschen der Hamas-Diktatur zu entfliehen und sich woanders ein Leben in Sicherheit aufzubauen. Dieser Fluchtweg ist der, den auch so viele andere Flüchtlinge nehmen: in viel zu kleinen und unsicheren Booten über das Mittelmeer. Die Flüchtlinge aus Gaza riskieren, wie auch alle anderen, dabei ihr Leben. Und obwohl es logisch erscheinen sollte, dass Menschen, denen schon viel Grausames im Leben zugestoßen sein muss - um sich so einer Gefahr auszusetzen – sich nicht ohne Grund auf diesen gefährlichen Weg machen, versuchen Deutschland und die Europäische Union die Flucht dieser Menschen zu verhindern. Dabei sind es auch Deutschland und die Europäische Union, die die Hamas in der Vergangenheit gestärkt haben – sei es durch Geldzahlungen, die die Terrororganisation erreichten oder die Übernahme der antiisraelischen Propaganda, vor allem während der bewaffneten Konflikte zwischen der Hamas und Israel.

Ungestörte Hamas-Propaganda in Berlin

Und die Ignoranz vieler Behörden und Institutionen in Deutschland zeigt sich auch gegenwärtig: Am 25. April konnte eine Unterstützungskonferenz für die Hamas in der Arena in Berlin-Treptow stattfinden. Die Organisation übernahm das in London sitzende Palestinian Return Centre, der europäische Arm der Hamas. Es konnte also eine antisemitische Terrororganisation, die sich damit brüstet, über Jahre, auf grausame Weise Jüdinnen und Juden getötet zu haben und deren Hauptziel die Vernichtung des Staates Israel ist, mitten in Berlin eine Konferenz abhalten. Lediglich 200 Menschen haben gegen dieses Event mit mehreren tausend Teilnehmenden demonstriert.

Die Berliner Polizei und der Berliner Senat haben sich an dieser Veranstaltung nicht gestört, obwohl das Konferenzlogo schon sehr aussagekräftig war: auf diesem befand sich eine Karte, auf der der Staat Israel ausgelöscht war. Dieses Verhalten spiegelt die deutsche Mehrheitsgesellschaft wieder: Die Hamas wird, obwohl sie eine Terrororganisation ist, als nicht so schlimm angesehen, da ihre Opfer „ja nur Juden“ seien. Aber die Berliner Sicherheitsbehörden verhielten sich nicht nur passiv, sie ergriffen indirekt sogar Partei für die Hamas: So versicherte der berüchtigte Berliner Polizeiabschnitt 65, der seit Jahren nicht gegen Neonazis vorgeht und Antifaschist*innen das Leben schwer macht, dem Veranstaltungsort (der Arena Berlin) mehrmals, dass die Konferenz „ja nicht so schlimm“ sei. Und weiterhin erklärten die zuständigen Polizeibeamt*innen, dass es sich um keine Hamas-Veranstaltung handele. Diese Lüge wurde mehrfach verbreitet, obwohl sogar die Sicherheitsbehörden des Bundes und mehrerer Bundesländer und die Senatsinnenverwaltung bestätigen, dass es sich um die wichtigste Veranstaltung des Jahres von Anhängerinnen und Anhängern der Hamas handele. Dieses unglaubliche Verhalten war dafür verantwortlich, dass die Hamas-Konferenz schließlich in der Arena Berlin stattfinden konnte.

Wir verurteilen den gesellschaftlichen Unwillen, sich nicht klar gegen die Unterstützung des antisemitischen Terrors zu positionieren. Es gilt für ein entschiedenes gesellschaftliches Engagement gegen Antisemitismus und gegen den Hass gegen Israel einzutreten. Zudem fordern wir sofortige Hilfe für alle Menschen, die unter dem Hamas-Terror leiden. Und wir fordern die sofortige Aufnahme aller aus dem Gazastreifen kommenden Menschen in Deutschland, die vor der Hamas fliehen!



Seit Langem tradiert.

Das Aufflammen des Antisemitismus in Europa im vergangenen Jahr ist erschreckend, aber keineswegs überraschend. Antisemitische Ressentiments sind stets vorhanden und jederzeit abrufbar. Militärische Auseinandersetzung im Nahost-Konflikt führten bereits in der Vergangenheit regelmäßig zur Eskalation von Judenhass und antisemitischer Gewalt. Die Analyse der vergangenen Welle von antiisraelischen Ausschreitungen bringt einige Herausforderungen mit sich. Zum einen muss klar benannt werden, dass der derzeit auf Gaza-Soli Demos geäußerte Antisemitismus nicht von deutschen Neonazis ausgeht, sondern von Teilen der arabisch-muslimischen Community in Deutschland und vermeintlich Friedensbewegten getragen wird. Eine emanzipatorisch Linke darf dazu nicht schweigen, weder aus falsch verstandenem Antirassismus noch aus bündnisstrategischen Überlegungen. Gleichzeitig muss klar gemacht werden, dass Antisemitismus weder ein Phänomen ausschließlich muslimischer Communities noch ein „importiertes“ Problem ist.

Die Kontinuitäten vom Nationalsozialismus zur deutschen Gesellschaft nach 1945 und insbesondere der BRD werden damit ausgeblendet. In dieser postnazistischen, bürgerlichen Gesellschaft nahm die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit keinen emanzipatorischen Charakter, sondern faktisch eine für den Nationalstaat und die deutsche Identität notwendige legitimatorische Funktion ein. Diese bezieht sich sowohl auf die allgemeinen Verhältnisse der bürgerlichen deutschen Ordnung als auch auf das konkrete Handeln des deutschen Nationalstaats. Das singuläre Wüten des Wahns deutscher Antisemit*innen wird zum moralisch unverdächtigen Legitimationsinstrument zur Durchsetzung deutscher Interessen und damit zum Ticket für die Rückkehr ins Konzert der Großmächte genutzt. Die neuen Kriege des geläuterten Aufarbeitungsweltmeisters werden, wie in Ex-Jugoslawien, nicht trotz, sondern wegen Auschwitz geführt.

Nicht nur die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dem Antisemitismus ist dabei dem nationalen deutschen Interesse untergeordnet. Diese Unterordnung trifft auch auf die deutsche Außenpolitik zu. Das nicht zuletzt mit der Shoah begründete plakative Bekenntnis zu Israel stellt einen festen Bestandteil der deutschen Staatsräson dar. Diese vermeintliche Israelsolidarität muss als ein Fortbestehen des deutschen Antisemitismus unter gewandelten Vorzeichen verstanden werden. Eine Überwindung des antisemitischen Denkens innerhalb der deutschen Gesellschaft oder gar ihrer staatlichen Repräsentanten bedeutete diese keineswegs. Entgegen der bei jeder Gelegenheit heraus posaunten „besonderen Verantwortung“ der vermeintlich geläuterten deutschen Nation für den Staat Israel ist festzustellen, dass das Unterlaufen der Sicherheit Israels de facto weiterhin Teil des staatlichen Handelns der BRD ist. Trotz vorhandener gesetzlicher Grundlage, obrigkeitsstaatlicher Mittel und internationaler Ächtung macht die BRD keine Anstalten, deutsche Unternehmen daran zu hindern, Feinde Israels mit Waffen, Rüstungsgütern und militärisch verwendbaren Produkten auszustatten. Eine solche Kollaboration wurde im Falle des Iran im Jahr 2010 unfreiwillig enttarnt, als herauskam, dass das iranische Atomprogramm essentiell auf der Ausstattung durch Siemens-Produkte basiert. Durch diesen Handel unterstützt Siemens die Atombombenherstellung eines Regimes, das die Vernichtung Israels offen auf seine Fahnen geschrieben hat. Darüber

hinaus ermöglicht Deutschland dem Iran seit Jahrzehnten die Lizenzproduktion des deutschen Sturmgewehrs G3, des ehemaligen Standardgewehrs der Bundeswehr. Diese deutsche Waffe wird auch von der Hisbollah und der Hamas bei ihren terroristischen Aktionen gegen Israel eingesetzt. Gleichzeitig exportiert Deutschland Waffen wie beispielsweise Kampfflugzeuge und Panzer an eine Reihe von islamistischen Diktaturen wie Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Kuwait und Katar. Diese autoritären Diktaturen, die sich in der Vergangenheit vor allem durch ihre Verachtung der Menschenrechte und ihren offensiv vorgebrachten Antisemitismus und Antizionismus ausgezeichnet haben, zählen mittlerweile zu den wichtigsten Abnehmern deutscher Rüstungsgüter.

Abseits dieser die Sicherheit und das Bestehen Israels unterlaufenden deutschen Außenpolitik sind Antisemitismus und Antizionismus weiterhin wirkmächtige Ideologien in Deutschland. Große Teile der Bevölkerung bis hin zu den gesellschaftlichen Eliten teilen und transportieren antisemitische Ressentiments. Dass das so bleibt, dafür sorgt nicht zuletzt auch das deutsche Bildungswesen. Eine im Herbst 2012 veröffentlichte Untersuchung belegt, dass in allen den Nahost-Konflikt behandelnden deutschen Schulbüchern eine klare Rollenverteilung von israelischen Tätern und palästinensischen Opfern konstruiert wird. Generell wird Israel die Schuld an Gewalt und dem Konflikt generell gegeben. Gleichzeitig findet sich in allen untersuchten Schulbüchern nicht ein einziger Hinweis darauf, dass die Hamas Israel und alle Jüdinnen und Juden vernichten will. Scheinbar tut der deutsche Staat alles, um die Tradition des deutschen Antisemitismus und Antizionismus auch für die Zukunft zu bewahren. Die Souveränität und das Existenzrecht Israels werden im deutschen Diskurs permanent angegriffen.

Während deutscher Menschenrechtsbellizismus anderswo militärische Interventionen mit Auschwitz rechtfertigt, muss sich der Staat der Auschwitz-Überlebenden immer wieder der deutschen Friedensliebe erwehren. So lachte das deutsche Friedensherz, wenn Günter Grass Israel zum allein Schuldigen am Nahostkonflikt und zum Feind des Weltfriedens erklärte. Gern wird in Deutschland auch das

Ressentiment gegen Israel als Sorge um die Menschenrechte getarnt. So unterstützt eine Reihe von Mitgliedern staatstragender Parteien antiisraelische Boykottinitiativen wie die von Pax Christi organisierte Kampagne „Besatzung schmeckt bitter“. Die Grünen forderten 2013 gar eine besondere Kennzeichnung israelischer Produkte und leisteten damit den antiisraelischen Boykottmaßnahmen in guter deutscher Tradition Vorschub. Nun wird Israel den Export von Milch und Geflügelprodukten aus dem Westjordanland einstellen. Im Februar letzten Jahres bat die EU Israel darum, die Produkte aus Ostjerusalem, den Golanhöhen und aus dem Westjordanland zu kennzeichnen. Der europäische Boykott ist heuchlerisch. Doppelstandards werden überdeutlich. Welche Produkte aus besetzten Gebieten müssen noch gekennzeichnet werden?

Dies sind nur einige Beispiele dafür, dass wer Antizionismus bekämpfen und sich mit dem Schutzraum von antisemitisch Verfolgten solidarisch zeigen will, auf Deutschland nicht zählen kann. Im Sommer letzten Jahres gab es etliche Demonstrationen und Kundgebungen, wie auch die diesjährige Nakba Demonstration im Mai diesen Jahres, bei denen Israel als Aggressor dargestellt wird und die Verbrechen der Hamas unerwähnt blieben. Entgegen dem medial häufig vermittelten Zerrbildes eines muslimischen „Imports“, ließen auch etliche friedensbewegte biodeutsche Intellektuelle und Antiimperialist*innen ihrem Hass auf Israel freien Lauf.

Wer angesichts der aktuellen Entwicklungen Solidarität mit allen Juden*Jüdinnen fordert, muss auch Solidarität mit dem Jüdischen Staat fordern. Denn Israel ist und bleibt der Ort, der Staat, die Zuflucht der Überlebenden von Auschwitz, aller Überlebenden von antisemitischen Zuständen. Israel ist die notwendige Konsequenz, denn es geht ums Leben – als aktiver Part gegen Antisemitismus und als Gegenstück zum Tod, als Gegenstück zur Vernichtung.

**Gegen jeden Antisemitismus!
Nie wieder Deutschland!**

bad

to

worse

Die Verhandlungen über das iranische Atomprogramm & der Charakter des Regimes

Das Kapital ist bekanntlich blind und scharfsichtig zugleich: scharfsichtig ist es hinsichtlich internationaler Anlage- und Verwertungsmöglichkeiten, blind hinsichtlich des Wohlergehens von Menschen. Lassen sich mit Folter, Krieg und Verelendung Profite erzielen, wird in Folter, Krieg und Verelendung investiert. Versprechen Rechtsstaatlichkeit, Ausweitung individueller Gestaltungsmöglichkeiten und Stärkung der Kaufkraft der abhängig Beschäftigten die besseren Renditen – auch gut. Zwar ist es die vorrangige Aufgabe des bürgerlichen Staates, die Verwertungsbedingungen des Kapitals zu garantieren und wo möglich zu verbessern. Gleichwohl existiert in der Politik eine Art überschießendes Moment. Staatlicher Politik kann es nicht gleichgültig sein, mit wem und in welchem Umfang Außenhandelsbeziehungen gepflegt werden. Dementsprechend sind in den USA oder Israel, die als ‚großer und kleiner Satan‘ ganz oben auf der Abschussliste des iranischen Regimes stehen, Geschäfte im großen Stil mit dem Iran staatlicherseits untersagt, in Deutschland und Österreich nicht.

Soll es überhaupt noch möglich sein, zwischen der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft und ihrer negativen Aufhebung zu unterscheiden, wie sie im Nationalsozialismus vollzogen und im Islamismus, bei allen historischen und sonstigen Unterschieden zwischen diesen Bewegungen, angestrebt wird, so muss an der Differenz festgehalten werden, die zwischen einer Ökonomie besteht, deren Zweck die Verwertung von Kapital ist, bei welcher der Tod von Menschen achselzuckend in Kauf genommen, aber nicht intendiert wird, und einer Ökonomie des Todes, die als wahnhaftige Reaktion aus solcherart Zweckerationalität entspringt, aber mit ihr nicht in eins fällt: Sie setzt die Vernichtung als Selbstzweck.

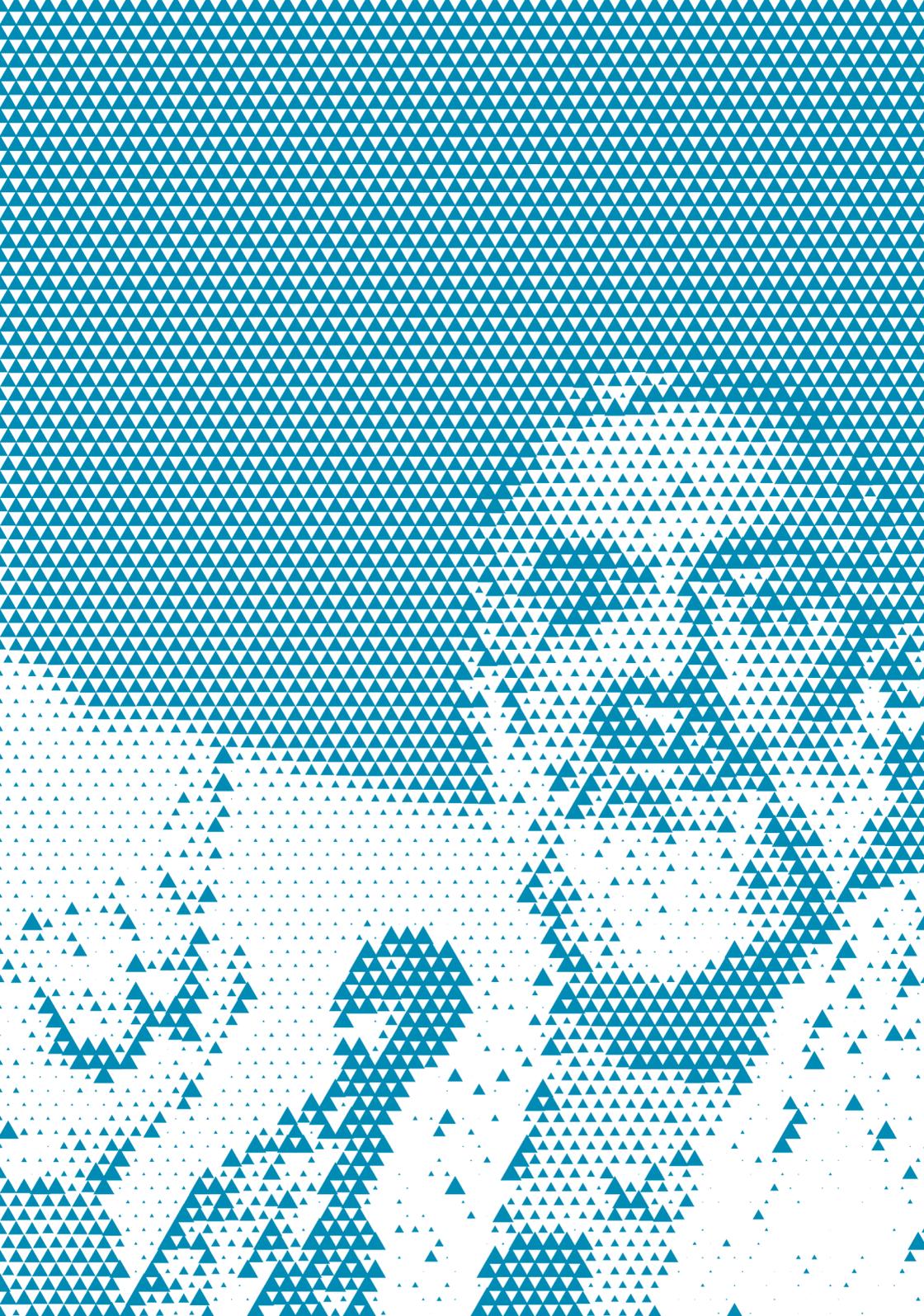
Hätte man einen idealistischen Begriff von der Linken, dürfte man davon ausgehen, dass gerade linke Antifaschisten in Deutschland, Österreich und der Schweiz gegen die oft staatlich geförderten Geschäfte mit der Islamischen Republik mobil machen müssten. Doch der überwiegende Teil der Linken begegnet dem iranischen Regime weiterhin mit Indifferenz, Desinteresse, Relativierungen oder, schlimmstenfalls, mit antiimperialistischen Reflexen, die sie direkt an die Seite der iranischen Machthaber

treiben. So bleibt gerade dort, wo in den letzten 35 Jahren besonders intensive wirtschaftliche und politische Beziehungen zum iranischen Regime gepflegt wurden, das Geschäft mit dem islamistischen Regime weitestgehend ungestört. In Bezug auf den Westen haben die Ajatollahs, die seit Rohanis Amtsantritt deutlich mehr Menschen haben hinrichten lassen als zu den Zeiten Ahmadinejads, und die gleich nach der Lausanner Vereinbarung mit den zahlreichen Einreichungen zu ihrem „Holocaust Cartoon Contest“ prahlten, nicht viel zu befürchten. Sie können sich voll und ganz auf die Aufhebung der Sanktionen konzentrieren und bekommen dabei Unterstützung aus Deutschland: Der Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen forderte umgehend nach der Lausanner Vereinbarung, „den Sanktionsabbau möglichst schnell voranzutreiben.“ In Österreich steht insbesondere der Öl- und Gas-Multi OMV in den Startlöchern, und das iranische Öl-Ministerium hat bereits angekündigt, es werde im September bei einer großen Konferenz in London die neuen Verträge mit den wichtigsten westlichen Energie-Konzernen präsentieren.

Hier geht es nicht allein um den Vollzug des gewöhnlichen Prozesses der Kapitalakkumulation, sondern zugleich um das Generieren ökonomischer Ressourcen für eine Agenda, die in den letzten 35 Jahren nicht nur zehntausenden Iranern das Leben gekostet und Millionen ins Exil getrieben hat. Im Verbund mit der Ideologie des iranischen Regimes und dem Streben nach Nuklearwaffentechnologie muss diese Agenda als Programm der Vernichtung verstanden werden.

Verhandeln bis zur Bombe?

Die laufenden Atomverhandlungen mit dem iranischen Regime verleihen den Ajatollahs und Pasdaran weitgehende Immunität gegenüber Kritik, was sich schon an dem ausbleibenden Skandal zeigte, nachdem der Bassidj-Kommandant Mohammad Reza Naqdi noch während die P5+1 in Lausanne den Vertretern des iranischen Regimes gegenüber saßen erklärte, die „Zerstörung Israels“ sei „nicht verhandelbar“. Zudem verleihen die Verhandlungen den Teheraner Machthabern eine Legitimität, die sie bei großen Teilen der iranischen Bevölkerung schon längst verloren haben.



Die bisherigen Ergebnisse der Verhandlungen beseitigen die Gefahren des iranischen Atom- und Raketenprogramms nicht, sondern drohen sie zu institutionalisieren, was die westlichen Verhandlungsführer nicht daran hindert, sich für ihre vermeintlichen Verhandlungserfolge selbst auf die Schultern zu klopfen. Auch die Hisbollah, Assad und der iranischen Theokratie nahestehende Zeitungen feierten, dass der Iran „als regionale Nuklearmacht anerkannt“ worden sei oder erklärten schlicht: „Der Westen hat kapituliert.“ Wenn man sich die Entwicklung seit der UN-Sicherheitsratsresolution von 2006 ansieht, in der noch unmissverständlich eine vollkommene Einstellung der Uran-Anreicherung im Iran gefordert wurde, stimmt diese Einschätzung. Während es bis zum Genfer Übergangsabkommen von Ende 2013, das die Grundlage für die Vereinbarung von Lausanne geschaffen hat, zumindest in den offiziellen Verlautbarungen der USA und ihrer europäischen Partner um eine Abrüstung des Nuklear- und Raketenprogramms ging, geht es mittlerweile eingeständenermaßen nur noch um seine Begrenzung. Diese Herangehensweise hat schon jetzt ein nukleares Wettrüsten mit den arabischen Staaten ausgelöst, bei dem insbesondere die mit Teheran konkurrierende wahabistische Religionsdiktatur in Saudi-Arabien alles daran setzt, eine dem Iran mindestens ebenbürtige nukleare Infrastruktur zu errichten, was ihr durch ihre Beziehungen zur Atommacht Pakistan nicht schwer fallen dürfte. Die Sanktionsaufhebung hat für das iranische Regime derzeit Priorität – nicht zuletzt, um das immer kostspieligere militärische Engagement in Syrien und dem Irak, die Unterstützung der Hisbollah im Libanon sowie die Aufrüstung von Hamas und Islamischem Dschihad im Gaza-Streifen und demnächst erklärtermaßen verstärkt auch in der Westbank finanzieren zu können. In letzter Zeit kommt noch die Unterstützung der Huthi-Rebellen im Jemen hinzu, die über ihre Prioritäten keinen Zweifel aufkommen lassen, wenn sie in den Schriftzügen ihres Logos verkünden: „Gott ist groß! Tod den USA! Tod Israel! Verdammt seien die Juden! Sieg dem Islam!“.

Wie der iranische Vormarsch im Nahen Osten weitergehen könnte und warum er in den israelischen Stellungnahmen zur Lausanner Vereinbarung so breiten Raum eingenommen hat, wird deutlich, wenn man sich eine Äußerung von Qassem Soleimani vor Augen hält, den Kommandanten der für Auslandseinsätze zuständigen Quds-Brigaden der Revolutionswächter, die

das Ziel all ihrer Bestrebungen – Jerusalem – bereits im Namen tragen. Laut der israelischen Tageszeitung Haaretz hat Soleimani, dessen Einfluss im iranischen Machtgefüge durch das Engagement der Pasdaran im Irak und in Syrien enorm gewachsen ist, Ende März erklärt, der Iran könne in einer ähnlichen Weise, wie er jetzt schon den Irak, Syrien und den Libanon kontrolliert, demnächst auch Jordanien kontrollieren.

Präsident Obama bezog sich in seinem programmatischen New York Times-Interview nach der Verkündung der Lausanner Atom-Vereinbarung auf eine „praktische Ader beim iranischen Regime“. Die gibt es ohne Zweifel. Doch das Wesen des iranischen Regimes besteht gerade in der Gleichzeitigkeit von Pragmatismus und Vernichtungswahn, die es westlichen Kommentatoren und Politikern bis heute ermöglicht, die Vernichtungsfantasien gegenüber Israel regelmäßig durch den Hinweis auf Ersteren zu verharmlosen. Der Pragmatismus macht sich in allen erdenklichen Fragen bemerkbar, konnte sich aber gerade im Verhältnis zu Israel nicht durchsetzen. Bei den Drohungen gegenüber Israel kann Pragmatismus lediglich darin bestehen, den aus der Sicht Teherans richtigen Zeitpunkt für die Offensive abzuwarten. Und für die können die Ajatollahs auch noch ein zeitlich begrenztes Atomabkommen abwarten, das ihnen nach seinem Auslaufen nahezu freie Hand beim Griff nach der Technologie der Massenvernichtung lassen würde.





Israels „schwuler Propagandakrieg“

Israel ist ein böser Staat – diese Gewissheit lassen sich „Israelkritiker“ auch nicht dadurch kaputt machen, dass der jüdische Staat bei vielen Schwulen, Lesben und Transsexuellen, die anderswo gesteinigt werden, wegen seiner liberalen Haltung hoch im Kurs steht. Wenn Israel Gutes tut, dann nur, um in Ruhe weiter Böses zu treiben, um abzulenken, sich reinzuwaschen – im Fachjargon: Pinkwashing.

Als im März 2011 die Kampagne »Tel Aviv Gay Vibe – Free; Fun; Fabulous« des israelischen Ministeriums für Tourismus vorgestellt werden sollte¹ rief die Gruppe »Palestinian Queers for Boycott, Divestment and Sanctions« zum Protest auf: Israel versuche mit der Kampagne, von seiner Kolonialpolitik gegenüber dem palästinensischen Volk und der Besetzung Palästinas abzulenken. Die Regierung nutze die scheinbar liberale und demokratische Haltung gegenüber LSBTIs² aus, um von Menschenrechtsverletzungen in den palästinensischen Gebieten abzulenken. Israel wasche seine schmutzige Wäsche pink statt weiß.

Wegen der relativen Toleranz gegenüber LSBTIs, gilt Israel als einziger Ort im Nahen Osten, an dem Menschen mit unterschiedlichen sexuellen Orientierungen und Identitäten offen

1 Die Kampagne wurde auf der Internationalen Tourismus-Börse in Berlin im März 2011 vorgestellt.

2 Die Abkürzung »LSBTI« steht für Lesben, Schwule, Bisexuellene, Trans*... und Inter* Menschen. Der Text folgt in dieser Begrifflichkeit der Broschüre »Menschenrechte fördern – Deutsche Unterstützung für lesbische, schwule, bisexuelle, trans* und inter* (LSBTI) Menschenrechtsarbeit im Globalen Süden und Osten«, Deutsches Institut für Menschenrechte, Berlin 2011. Durch den Ausdruck sollen verschiedene sexuelle Identitäten und Orientierungen sichtbar gemacht werden, insbesondere auch solche, die sich Kategorisierungen und Zuschreibungen entziehen wollen.

leben können und als Zufluchtsstätte für LSBTIs aus den palästinensischen Gebieten.³ In der LSBTI-Szene, insbesondere außerhalb Israels, gibt es deswegen eine eher positive Einstellung gegenüber dem israelischen Staat. Dem entgegen stehen palästinensolidarische Positionen, die Homophobie und Sexismus in der palästinensischen Gesellschaft als zumindest mitverursacht durch die israelische Politik betrachten. So schreibt die Gruppe »Berlin Queers for international Solidarity with Palestine« auf ihrer Homepage: »Es kann zu keiner sexuellen Befreiung kommen, solange nicht die ganze Gesellschaft ihre Selbstbestimmung und Unabhängigkeit erlangt hat.« Die Gruppe fordert Solidarität mit dem »Palästinensischen Freiheitskampf« aus einer queeren Perspektive: Ein wahrhaftes Eintreten für sexuelle Befreiung müsse einhergehen mit dem Kampf gegen jede Form der Unterdrückung. Queers, die sich nicht solidarisch mit den Palästinenser_innen zeigten, fielen auf das Pinkwashing der Regierung herein und seien dem rassistischen Vorurteil des homophoben Muslims aufgefressen.

Diese Argumente finden sich längst nicht mehr nur in der sceneinternen Auseinandersetzung. Sowohl der britische Guardian als auch die amerikanische New York Post veröffentlichten unlängst Kommentare, die Israel Pinkwashing vorwarfen.

Laut dem Blog »Pinkwashing«, der die vermeintlichen Pinkwashing-Aktivitäten der israelischen Regierung überwacht, ist nicht nur die Tel Aviver Tourismuskampagne Teil der israelischen Pinkwashing-Strategie. Auch die Ausrichtung der WorldPride 2006 in Jerusalem oder die relativ liberale Gleichstellungspolitik gegenüber homosexuellen Partnerschaften seien Versuche der israelischen Regierung, die Gay-Community auszunutzen. Ziel dieser Instrumentalisierung sei es zum einen, von Menschenrechtsverletzungen abzulenken, zum anderen eine Exklusion von Muslim_innen aus dem hegemonialen Diskurs des Westens voranzutreiben.

Jasbir Puar, Referenztheoretiker_in der Pinkwashing-Aktivist_innen, beschreibt diese Exklusion in Zusammenhang mit einem neuen Nationalismus seit 9/11: Im hegemonialen, westlichen Diskurs wären Schwule, Lesben und Queers vor den terroristischen Anschlägen aus dem heteronormativen Nationalismus ausgeschlossen gewesen. Nach 9/11 wurden insbesondere in den USA

LSBTIs in das nationale Narrativ eingeschlossen. Diese Inklusion fasst sie unter dem Begriff »Homonationalismus«.

Damit gehe ein diskursiver Ausschluss von Muslim_innen aus dem nationalen Kollektiv als homophob und rückständig einher. Muslim_innen seien zu den »Anderen« geworden, die es zu bekämpfen gelte. Die Homophobie wird also durch einen islambezogenen Rassismus ersetzt, so Puars These in ihrem 2007 erschienen Buch »Terrorist Assemblages -homonationalism in queer times«.

„Homonationalismus“

Pinkwashing-Aktivist_innen wenden dieses Argument auf die israelische Politik an: Wie die USA bediene sich der israelische Staat des Homonationalismus, um sich als fortschrittlich und liberal darzustellen. Ziel sei es zugleich, die Palästinenser_innen und den Islam als homophob und orientalistisch rückständig zu diffamieren. LSBTIs, die sich positiv auf Israel bezögen, würden sich zu Kompliz_innen des israelischen Nationalismus machen.

Gay Propaganda War

Auch wenn Israel nicht im Fokus von »Terrorist Assemblages« steht, kommt Puar mehrmals auf den jüdischen Staat zu sprechen: Israel wird wahlweise als »Unterdrücker«, »brutaler Besatzer«, »Kolonialstaat« oder »Apartheidsregime« verurteilt. Begründet werden ihre Einschätzungen nicht. Vielmehr operiert Puar mit einer »Hermeneutik des Verdachts«: Jegliche Politik Israels diene der Delegitimierung des palästinensischen Widerstands und der Unterdrückung der palästinensischen Gesellschaft, so auch die Politik gegenüber sexuellen Minderheiten.

Die Veränderung der rechtlichen Situation von LSBTI-Menschen, Unterstützung der Gay Community oder die Thematisierung der Unterdrückung von homosexuellen Menschen in den palästinensischen Gebieten und den Staaten der Region diene Israel dazu, einen »gay propaganda war« zu führen, wie Puar in »The Guardian« erklärte. Israel stelle sich als progressive und harmlose Demokratie dar und investiere Unsummen an Geld, um sich gegen seinen Ruf als imperialer Aggressor zu wehren. Glücklicherweise werde die politische Strategie des Pinkwashing von Aktivist_innen enttarnt.

Puars Verdächtigungen sind verankert in einer Feindschaft gegenüber Israel, die sich vor allem in ihrer ästhetisierenden Beschreibung des Selbstmordattentats als legitime Form des Widerstands zeigt. Das Urteil, bei den Attentaten handele es sich um terroristische Anschläge, weist sie als rassistisch zurück. Auch ihre unbegründete Unterstellung, ein israelischer Folterknecht sei während der Foltervorfälle in Abu Ghraib zugegen gewesen, macht deutlich, dass diesen Vorwürfen eine Imagination von Israel als dem absoluten Feind, der für alles Schlechte verantwortlich ist und mit allen Mitteln bekämpft werden darf, zugrunde liegt.

Queerer Antisemitismus?

In Puars Anklage der israelischen Politik und den Pinkwashingvorwürfen finden sich Argumente und Vorstellungen, die anschlussfähig für antisemitische Positionen sind oder solche Implikationen beinhalten. Die universale Verdachtshaltung kann als verwandt mit verschwörungstheoretischen Überlegungen gesehen werden. Israel wird dabei grundsätzlich unterstellt, dass sich hinter den artikulierten Interessen eigentlich Machtinteressen verbergen würden.

Gegen diese Behauptung kann nicht argumentiert werden, da Gegenargumente durch den Verweis, man durchschaue die politischen Strategien Israels nicht, abgewehrt werden. Diese Immunisierungstaktik führt zu einer Bewertung Israels, die sich von Urteilen über andere Staaten unterscheidet: Wenn Berlin mit seiner Gay-Community Werbung macht, würde man vermutlich zunächst von mehr oder minder gelungener Standortpolitik sprechen. Israel hingegen führe einen »gay propaganda war«. Die israelische Eigenwerbung wird nach anderen Kriterien bewertet, die scheinbare, verborgene Machtpolitiken entblößen würden. Israel ist nach diesem Vorgehen immer schuldig, unabhängig von seiner realen Politik.

Das Frappierende der Thesen Puars und des Pinkwashingvorwurfs ist die Tatsache, dass zahlreiche Argumente nicht belegt werden müssen, sondern sie sich in einem Diskurs bewegen, in dem die Klassifizierungen Israels als brutale (Neo-) Kolonialmacht, Apartheidsregime oder imperialistischer Aggressor als sicheres Wissen gelten. Hier zeigt sich auch, dass es sich bei den Argumenten nicht um eigenständig queere Argumente oder gar

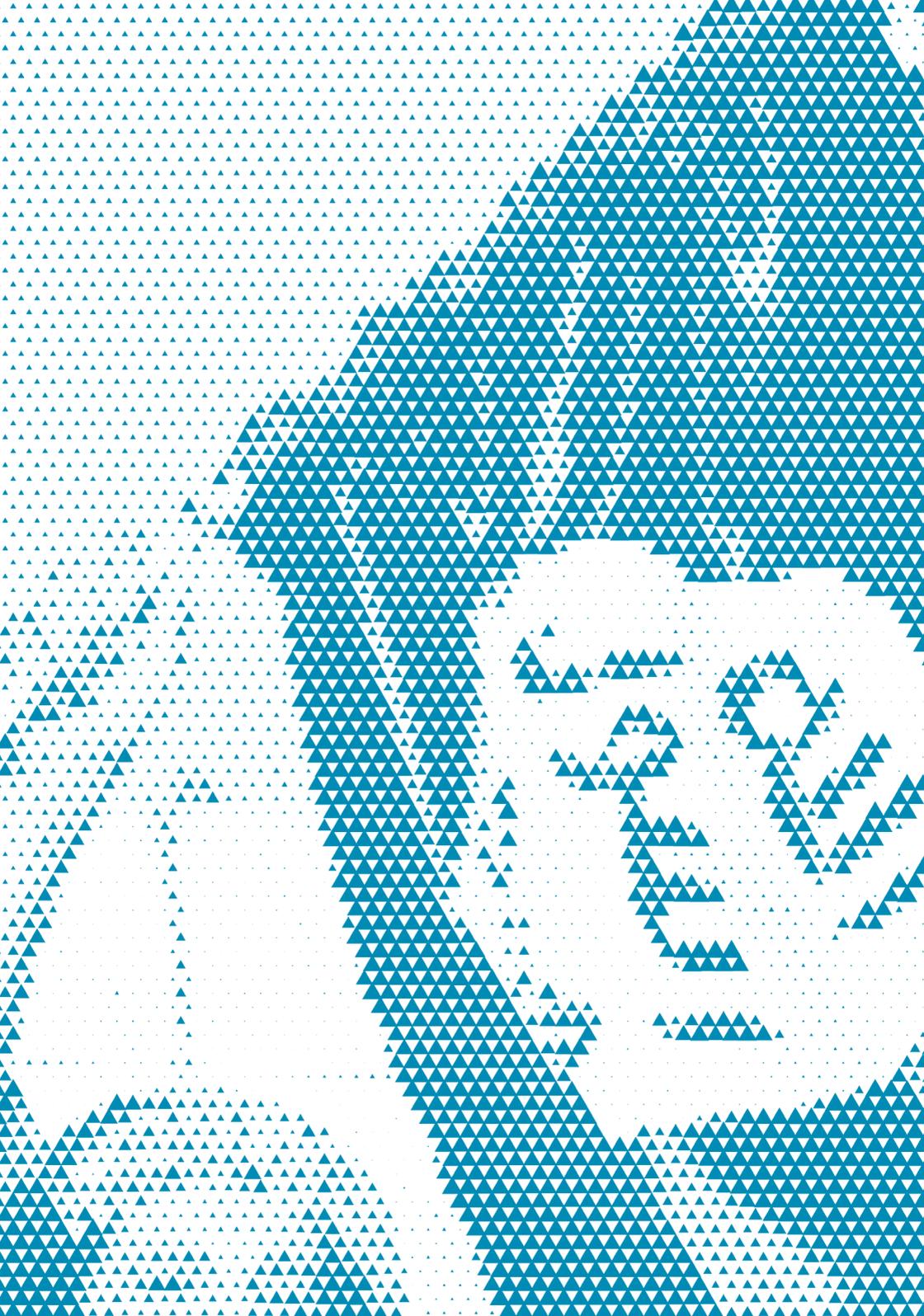
um einen queeren Antisemitismus handelt, sondern Einschätzungen und Analysen aus der antiimperialistischen Theoriebildung übernommen werden.

Diese Attribuierungen unterstellen, Israel allein sei für die Probleme und Konflikte in der Region verantwortlich, und erklären Israel zur Inkarnation eines Feindes, für dessen Bekämpfung selbst tödliche Attentate auf die israelische Zivilbevölkerung als legitimer Widerstand ausgegeben werden. Die Kritik an solchen terroristischen Handlungen wird hingegen als rassistisch abgetan und Israel somit das Recht auf Selbstverteidigung und Schutz seiner Bevölkerung abgesprochen.

Außerdem wird durch die Unterstellung der Instrumentalisierung der LSBTI-Belange ein eigenständiges Handeln der Gay-Community in Israel, die sich für ihre Rechte eingesetzt hat, ausgeschlossen. Zwar ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass LSBTIs rassistische Einstellungen haben können, und zu diskutieren, wie z.B. die schwulenfreundliche Politik von rechtspopulistischen Bewegungen, beispielsweise des Niederländers Geert Wilders, zu bewerten ist. Eine solche Auseinandersetzung hat jedoch zunächst nichts mit Israel zu tun. Sicherlich ist auch die Frage zu stellen, welche Verbindung zwischen Nationalismus, Herrschaft und Sexualität besteht oder ob und wie sich ein islambezogener Rassismus entwickelt hat. Allerdings muss dies unter der Prämisse geschehen, sowohl Rassismus als auch Antisemitismus zu thematisieren und eigene Zuschreibungen und Verdächtigungen zu reflektieren.

Nina Rabuza

(Der Text ist zuerst unter dem Titel „Fallbeispiel: Die Debatte um Israel und »Pinkwashing« in der LSBTI-Szene“ 2012 in der Broschüre „MAN WIRD JA WOHL ISRAEL NOCH KRITISIEREN DÜRFEN ...?“ über legitime Kritik, israelbezogenen Antisemitismus und pädagogische Interventionen“ der Amadeu Antonio Stiftung erschienen. In dieser Broschüre wurde auf die Quellenverweise in den Fußnoten verzichtet.)



?

Wer bislang den Islamismus in die Nähe einer faschistischen Weltanschauung rückte, galt schnell als Anhänger des US-amerikanischen Neokonservatismus. Mit dem Vormarsch des „Islamischen Staates“ (IS) im Mittleren Osten hat sich dies schlagartig geändert. Weltweit vergleichen nun Linke die Belagerung von Kobanî mit der von Madrid im Spanischen Bürgerkrieg, auch die Verteidiger der Stadt verwenden die Losung vom IS-Faschismus. Ist diese Charakterisierung gerechtfertigt oder ein politischer Reflex? Skeptisch gegen die Formel vom „Islamfaschismus“ stimmt, dass mit ihr Rechtspopulisten auf Wählerfang gehen. So vergleicht der Vorsitzende der Partei „Die Freiheit“, Michael Stürzenberger, der eng mit der rassistischen Website PI-News verbunden ist, den Koran mit Hitlers „Mein Kampf“.

Einerseits besteht also die Gefahr, dass die Formel vom „islamischen Faschismus“ nichts als eine Phrase ist. Andererseits kehrt mit ihr nur die alte Frage nach der Replizierbarkeit des faschistischen Herrschaftsmodells in anderen als den klassischen Kontexten, also außerhalb der Weltkriegsepoche im Europa des 20. Jahrhunderts, wieder. Die Bereitschaft, autoritäre Systeme außerhalb Europas oder nach 1945 als „faschistisch“ zu werten, hängt meist vom politischen Standpunkt der Kritiker ab. Während die bürgerliche Politikwissenschaft eine Historisierung des Faschismus als Herrschaftsform propagierte, nicht zuletzt, um die eigene Erzählung vom demokratischen „Ende der Geschichte“ durchzusetzen, haben sich ihre linken Kritiker stets dagegen gewehrt. Der Hinweis auf die Fähigkeit des Faschismus, bis in die Gegenwart demokratischer Systeme zu überleben, stellte einen Konsens kritischer Gesellschaftstheorie dar.

Eine Übertragung des Faschismusbegriffs auf andere Kontexte als die seiner historischen Gründungsphase ist also durchaus legitim. In Bezug auf den Islamismus stößt sie jedoch vor allem bei Verfechtern des vulgärmarxistischen Faschismusbegriffs auf Abwehr. Ihnen gelten islamistische Organisationen mitunter als Bündnispartner im „Kampf gegen den Imperialismus“ und sie stellen Kritik unter den Verdacht des „antimuslimischen Rassismus“. Allerdings läuft letzteres Argument nicht nur Gefahr, dem

Islamismus die Definitionsmacht zuzusprechen, was als muslimisch zu gelten hat, ihm wohnt selbst eine bedenkliche Neigung zur Ethnisierung der Kultur inne.

Entgegen solcher Anwürfe weisen Islamismus und Faschismus tatsächlich historisch, ideologisch und strukturell deutliche Parallelen auf, die nicht nur jede Solidarisierung mit Islamisten verbietet, sondern eine Verwendung des Faschismusbegriffs durchaus diskutabel machen. Die zeitlich eng beieinanderliegende Entstehung beider Bewegungen, insbesondere der Muslimbrüder als historische Keimzelle des heutigen Islamismus, ist mehrfach dargestellt worden. Schon während des Nationalsozialismus bildeten sie eine Allianz im Kampf gegen Marxismus und Liberalismus als Produkte "dekadenter westlicher Kultur".

Sowohl Faschismus als auch Islamismus stellen einen krisenhaft gewordenen Radikalkonservatismus dar, der sich mit den Mitteln der Moderne gegen diese stellt. Vom Glauben an die eigene Überlegenheit beseelt und zugleich vom Gedanken des Niedergangs besessen, verteidigen sie ihr überhistorisch-mythologisches Weltbild gegen die historische Wandlungsmöglichkeit der Gesellschaft. Ihr Politikstil ähnelt sich in Masseng agitation, Führerkult und Gewaltfetisch. Was dem Faschismus der permanente Ausnahmezustand, der die Dauermobilisierung der Gesellschaft rechtfertigt, ist dem Islamismus der Dschihad. Während andere Weltanschauungen ihre Verbrechen zu kaschieren suchen, steigern sie ihre Gewalt demonstrativ. Die Adaption modernster Technik ist beiden vertraut. Emanzipatorischen Ansätzen erteilen beide eine klare Absage, Gruppenzugehörigkeiten werden grundsätzlich als gegeben gesehen, kulturelle Formen sind zwingend und werden kompromisslos durchgesetzt. Dies wendet sich gegen Frauen und Dissidenten sowie ethnische, religiöse und sexuelle Minderheiten. Wie der Faschismus kontrolliert auch der Islamismus die Reproduktion seiner Untertanen, wofür er vor allem auf eine rigide Sexualordnung zurückgreift. Juden gelten beiden als Personifizierung der westlichen Moderne, weshalb dem Antisemitismus ein besonderer Stellenwert zukommt.

Beide Phänomene lassen sich als militante Bewegung beschreiben, in der sich traditionelle Eliten mit rebellierenden Massen unter einer „volksnahen“ sozialkonservativen Führung zusammenfinden. Dabei eignet sich die Figur des Predigers besonders für eine charismatische Inszenierung. Freikorps,

Veteranenverbände und Privatinteressen bildeten und bilden die Basis für Bürgerkriege, inoffizielle Grenzkonflikte und Terrorismus. Im Mittleren Osten bieten Milizen, unzulänglich demobilisiertes Militär und mangelnde Zukunftsaussichten ein unerschöpfliches Rekrutierungsreservoir, wie auch die hohe Verbreitung von Waffen zum Militarisierungsgrad der Gesellschaften beiträgt. Das erinnert an die Situation in Europa nach dem ersten Weltkrieg, als der Faschismus seinen Aufschwung hatte. Rackets, mafiöse Strukturen, verhandeln den Zugriff auf die ökonomischen Ressourcen entlang politischer, ethnischer und konfessioneller Grenzen. Organisationen wie Hamas und Hizbullah streben die Kontrolle über Staat und Wirtschaft an, nicht selten mit Unterstützung aus diesen heraus. Die iranischen Revolutionswächter sind eng mit dem militärisch-industriellen Komplex des Landes verflochten. Die Aufzählung struktureller Parallelen ließe sich fortsetzen.

Ob der Faschismusbegriff auf den Islamismus anwendbar ist, hängt grundsätzlich von seinem staatsbildenden Potential ab. Er muss die dafür notwendigen Organe aufbauen oder bestehende Strukturen kapern. Für neotribalistische Gesellschaften in den Ruinen der Failing States ist der Begriff zu hoch gegriffen. Doch das „Kalifat“ ist eine klassische Reichsüberlieferung, in der der religiöse Mythos der Vergangenheit mit der politischen Realität der Gegenwart zur muslimischen Nation verschmolzen werden soll. Faktisch praktizieren auch islamistische Bewegungen ethnisch-religiöse Homogenisierungen, bei der unliebsame Gruppen zur Konversion gezwungen, ermordet oder vertrieben werden. Sie führen fort, was in der Vergangenheit unter nationalistischen Vorzeichen vollzogen wurde. Betroffene waren seit den vierziger Jahren Hunderttausende orientalische Juden, die jetzt als „Miz-rachim“ in Israel leben. Verfolgt wurden auch Christen, Bahai, Yesiden und Muslime abweichender Strömungen.

Diese Verschränkung von religiösen und nationalistischen Inhalten ist weder neu noch einzigartig. Niemand würde die katholischen Einflüsse auf den Faschismus in den romanischen Ländern, die „Deutschen Christen“ oder die rumänische „Legion Erzengel Michael“ aus der Geschichtsschreibung des Faschismus ausgliedern. Indische Rechtsextreme pflegen einen ausgeprägten Hindu-Nationalismus und die Kritik an nationalreligiösen Juden ist eine globale Obsession, obwohl diese auf einem winzigen Territorium agieren. Der säkulare Zug, den die historischen faschistischen

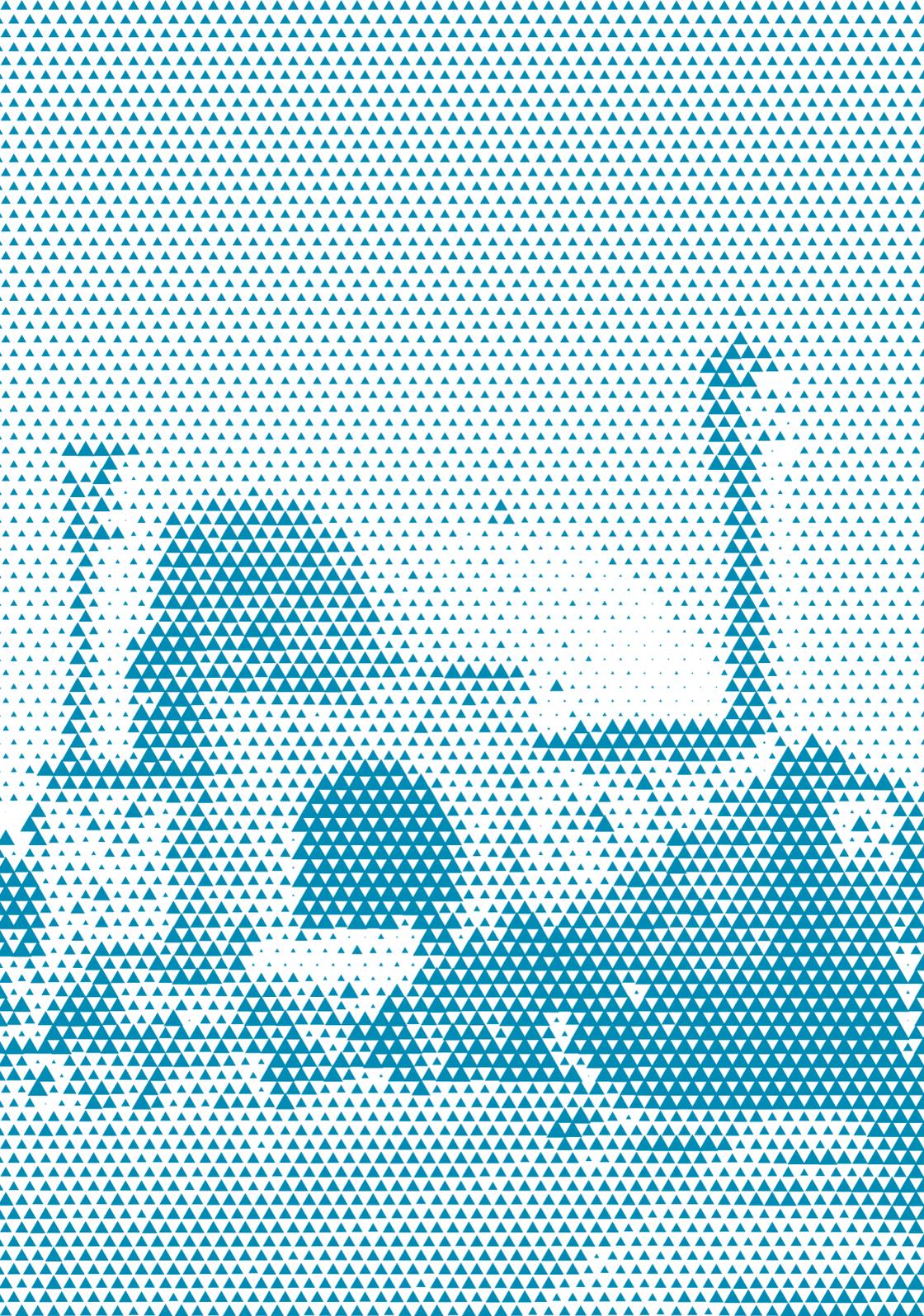
Bewegungen aufwiesen, betraf Fragen der Vorherrschaft in der Gesellschaft. War die Konkurrenz einmal entschieden, wurden die Kirchen integriert. Grundsätzlich bedingen sich Nationalismus und Religion mehr als sich auszuschließen, weshalb ein autoritärer Nationalstaat auch unter der Fahne des Propheten möglich ist.

Dem Einwand, islamistischen Bewegungen fehle die vorhergehende Krise der Demokratie, die der Faschismus ausnutzte, ist mit Skepsis zu begegnen. Der Islamismus definierte sich bereits in seinem Gründungsstadium als eine Abwehr von Demokratie und individuelle Selbstbestimmung. Die globale Präsenz westlicher Werte hat die islamischen Gesellschaften massiv unter Druck gesetzt, das gilt erst recht für Dschihadisten, die in Demokratien aufgewachsen sind. Innere und äußere Modernisierungen sind im Mittleren Osten gescheitert, die tradierten Ordnungsvorstellungen sind ebenso in der Krise wie die Herrschaft der konservativen Eliten. Ihnen will der Islamismus wieder zur Geltung verhelfen. Er ist konservativ in seinen inhaltlichen Zielsetzungen, jedoch revolutionär in der Wahl seiner Mittel. Das ist die klassische Handschrift des Faschismus. Vor diesem Hintergrund wundern weder die regelmäßigen Avancen, die sich beide Strömungen vor allem in geschichtspolitischen Fragen machen, noch die Faszination der extremen Rechten von der dschihadistischen Kompromisslosigkeit, die Anders Breivik schließlich zu kopieren suchte. Angesichts dieses Befundes sollte die Bewertung des Islamismus als muslimischer Rechtsextremismus außer Frage stehen. Auf seine am weitesten entwickelten Organisationsformen lässt sich der Begriff Faschismus daher durchaus anwenden, er sollte allerdings mehr sein als ein rhetorisches Mittel oder ein politischer Reflex.



Der Autor Volker Weiss wird am 6. Juli 2015 um 19:00 im Café Morgenrot seine Thesen zum Zusammenhang, zu Gemeinsamkeiten und Unterschieden von Islamismus und Faschismus vorstellen.





und

die
antisemitische
Propaganda
des
iranischen
Regimes
in
Deutschland

Die schiitischen Islamisten haben sich seit der islamischen Revolution im Jahr 1979 nicht mit dem Sturz des Schah und der Errichtung eines Gottesstaates im Iran zufriedengegeben. Von Beginn an war das Ziel universal. Die Pflicht, "alle Unterdrückten im gerechten Kampf gegen Tyrannen in jedem Winkel der Erde" zu unterstützen, ist in der Verfassung der Islamischen Republik Iran festgeschrieben. Religionsführer Ayatollah Khomeini, Begründer der klerikalen Despotie im Iran, entwickelte das Ziel eines islamischen Einheitsstaates mit globalem panislamischem Geltungsanspruch.

Bei der Verbreitung seiner politisch-religiösen Ideologie bediente sich das Regime auch islamischer Zentren im Ausland. Dem „Islamischen Zentrum Hamburg“ (IZH) mit der Imam Ali Moschee an der Hamburger Außenalster kam dabei bereits vor und während der islamischen Revolution im Jahr 1979 eine

1 Vgl. Udo Wolter, Beispiel AI-Quds-Tag. Islamistische Netzwerke und Ideologien unter Migrantinnen und Migranten in Deutschland und Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Intervention, Berlin 2004.

2 Kleine Anfrage der Grünen v. 26.2.2015, http://www.volkerbeck.de/wp-content/uploads/2015/03/KA_Volker-Beck-Antisemitismus-in-Deutschland.pdf

besondere Rolle zu: Es war einer der wichtigsten Auslandsstützpunkte bei der Ausarbeitung und Verbreitung von Khomeinis Revolutionsideologie und hatte die Aufgabe, die 600 000 Iraner*innen, die damals in Europa lebten, für die islamische Revolution in ihrem Heimatland zu gewinnen und zu mobilisieren.¹

Deutschland ist heute das Zentrum der Aktivitäten des iranischen Regimes in Europa, und das IZH dessen wichtigstes ideologisches Zentrum. Das IZH hat jahrelang den Quds-Marsch organisiert, bis die Organisation offiziell an die Quds-AG übergang. Aber auch in den letzten Jahren waren Führungskader des IZH am Quds-Marsch beteiligt.² Die Bedeutung des IZH zeigt sich unter anderem darin, dass der Leiter direkt von der geistlichen Führung in Teheran bestimmt wird. Momentan steht Ayatollah Reza Ramezani an der Spitze, ein Vertrauter des obersten geistlichen Führers Ali Khamenei, als dessen Stellvertreter in Deutschland er gilt.

Während sich das IZH nach außen als kooperativ und dialogbereit präsentiert, sind die Aktivitäten im Kern darauf gerichtet, die islamistische und antisemitische Ideologie des iranischen Regimes zu verbreiten - über Predigten, Zeitschriften, Internetpräsenz und Konferenzen sowie über die „Islamische Akademie“, die an das IZH angeschlossen ist.

„Der Westen“ wird in der von Revolutionsführer Khomeini geprägten Ideologie als Feind der Muslime und Antithese des Islam angesehen. Die „westlichen Mächte der Arroganz“ streben danach, die gottgewollte Mission der Muslime, die weltweite Verbreitung des Islam, durch Verschwörungen zu vereiteln. Im Zentrum der westlichen „Verschwörung“ stehe die Errichtung des Staates Israel in der islamischen Welt.

Diese antisemitische Ideologie, die den Zionismus als kriminelle Verschwörung globalen Ausmaßes darstellt, wird auch über die Webseite des Zentrums verbreitet. Der religiöse Führer Ali Khamenei widmete kürzlich eine Rede dem „Takfirismus“, also dem Kampf von Muslimen gegen Muslime, die im Januar 2015 auf der Webseite des IZH verbreitet wurde. Er verurteilte die innermuslimischen Auseinandersetzungen; die Muslime sollten sich stattdessen wieder auf den Kampf gegen Israel konzentrieren. Die Kämpfe im Irak und Syrien geschähen, so Khamenei, „während wir eigentlich unsere ganze Energie auf die Konfrontation mit den Verschwörungen des zionistischen Regimes und

ihrer Taten, die sie gegen das Heilige Quds (Jerusalem) und die al-Aqsa-Moschee ausgeübt haben, konzentrieren müssten. Das sollte die gesamte Welt des Islam bewegen und aktivieren.“ Khamenei kritisierte also diejenigen islamistischen Gruppen, die die Konfrontation mit Israel nicht ins Zentrum ihrer Aktivitäten stellen und stellte das iranische Vorbild dagegen: „Von Anfang an hat die Regierung der Islamischen Republik ... Feindschaft gezeigt gegen das zionistische Regime. Diese Politik hat sich bis heute fortgesetzt. ... Wir halfen der Hisbollah im Libanon, die eine schiitische Gruppe ist, in der gleichen Weise, wie wir der Hamas und dem Islamischer Dschihad geholfen haben, und wir werden es auch weiterhin tun ... Ich kündige an – und das wird auf jeden Fall geschehen – dass die Westbank wie Gaza bewaffnet werden sollte“.

Die Entstehung von ISIS bezeichnete er, dem Verschwörungsdenken entsprechend, als Erfindung des Westens: „Es ist eine unbestreitbare Tatsache, dass die Takfiri-Ausrichtung und die Regierungen, die sie unterstützen und schützen, dies in völliger Ausrichtung der Ziele der Arroganz und des Zionismus tun. Ihre Arbeit steht im Einklang mit den Zielen der USA, der kolonialistischen Regierungen in Europa und der Regierung des zionistischen Besatzungsregimes. (...) Die Takfiri-Ausrichtung erscheint auf den ersten Blick islamisch, aber in der Praxis steht sie im Dienst der großen kolonialistischen, arroganten politischen Ausrichtungen, die gegen die Welt des Islam arbeiten.“³

Ein anderes Thema auf der Webseite waren in jüngster Zeit die Charlie-Hebdo Karikaturen. Die Meinungsfreiheit müsse dort eine Grenze haben, wo die „Gefühle und Emotionen“ der Muslime verletzt würden, forderte IZH-Leiter Ramezani: „Die millionenfache Publikation der beleidigenden Karikaturen durch die Zeitschrift „Charlie Hebdo“ ist ein gezielter Affront gegen den reinsten Menschen, den Propheten des Islam (Der Frieden Allahs sei mit ihm und seinen Nachfahren). Sie hat zur seelischen und emotionalen Kränkung und Schmähung von 1,5 Milliarden Muslimen geführt und eine tiefe Wunde in ihren Herzen hinterlassen. Zugleich hat sie die Sicherheit der Gesellschaft in Bedrohung gebracht. Daher ist diese Tat aus unserer Sicht nicht nur gegen die ethischen und moralischen Grundsätze, sondern auch gegen die Menschenrechte sowie gegen jegliche Vernunft. Sie ist somit aufs Schärfste zu verurteilen.“⁴

3 <http://www.izhamburg.de/index.aspx?pid=99&articleid=64122>

4 <http://www.izhamburg.de/index.aspx?pid=99&articleid=66802>

Diese Rede ist nicht nur eine Verhöhnung der Opfer des islamistischen Massakers gegen die Charlie Hebdo Redaktion, sondern auch als massive Drohung gegen jede Form der Kritik am Islam zu verstehen. Im Iran wartet der 30-jährige Soheil Arabi im Gefängnis auf die Todesstrafe, weil er auf Facebook den Propheten Mohammed beleidigt haben soll. Dies entspricht dem iranischen Rechtssystem, das auf dem religiösen Gesetz der Scharia basiert; auf den Abfall vom Glauben bzw. „Krieg gegen Gott“ steht die Todesstrafe.

Aber auch im Ausland bekämpft das iranische Regime seine Feinde, und dabei spielt auch das IZH eine Rolle. Während der Aufstände im Iran im Sommer 2009 berichteten in Hamburg lebende iranische Oppositionelle von Drohungen iranischer Agenten. Die Angst ist berechtigt: Das iranische Regime hat immer wieder durch terroristische Gruppen Anschläge im Ausland verübt und Oppositionelle hingerichtet. Laut dem „Iran Human Rights Documentation Center“ sind seit 1979 mindestens 162 von der iranischen Führung angeordnete außergerichtliche Tötungen von Exiloppositionellen in 19 Ländern belegt.⁵ So wurde der Generalsekretär der Kurdischen Demokratischen Partei Irans (PDKI), Abdul Rahman Gassemlou, zusammen mit zwei Begleitern 1989 in Wien ermordet. Der demokratische Politiker Shapour Bakhtiar wurde 1991 in Paris von iranischen Agenten getötet. Ein Jahr später wurden im Berliner Restaurant Mykonos vier kurdische Politiker hingerichtet, darunter der neue Generalsekretär der PDKI, Mohammed Sadegh Sharafkandi. Einer der Mörder, Kazem Darabi, verkehrte nach Angaben von Oppositionellen auch im IZH. Auch Hisbollah-Anhänger treffen sich in den Räumen des IZH.

Vom Iran organisierte Terroranschläge im Ausland richten sich auch gegen israelische und jüdische Ziele. Der größte antisemitische Anschlag nach 1945 war der Bombenanschlag auf das jüdische Gemeindezentrum in Buenos Aires, bei dem 85 Menschen starben und 300 verletzt wurden, und für den das iranische Regime direkt verantwortlich war.

Iranische staatliche Einrichtungen in Deutschland sind deshalb eine Gefahr für Juden und Jüdinnen sowie für iranische Oppositionelle. Von der Öffentlichkeit wird das IZH aber nicht so wahrgenommen, vielmehr als Ort des Dialogs dargestellt und als Partner gegen den Extremismus gesehen. An einer Konferenz des Zentrums am 10. Januar 2015 nahm nicht nur Mustafa Yoldas teil,

der ehemalige Leiter der 2010 verbotenen islamistischen Organisation IHH, sondern auch Aiman Mazyek, der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime und die Islamwissenschaftlerin Katajun Amirpur von der Universität Hamburg.⁶ Vor allem aber ist das IZH als Mitglied der Schura, einem Verband von Moscheevereinen, seit 2012 durch einen Staatsvertrag offizieller Partner der Stadt Hamburg.

Diese Integration des IZH ist die Folge dessen, dass das iranische Regime als Partner gesehen und der Islamismus als Ordnungsfaktor im Nahen Osten akzeptiert wird. Sie entspricht einem rassistischen wie kulturellrelativistischen Blick auf den Islamismus, der als Ausdruck der kulturellen Besonderheit von Muslim*innen gesehen wird und nicht als militanter Angriff auf individuelle Freiheiten und Menschenrechte. Dieser Ansatz festigt das Regime und behindert auch die Opposition gegen den Islamismus hier, wofür der Hamburger Senat wie die Hamburger Uni und alle diejenigen verantwortlich sind, die sich am Dialog mit dem IZH und seiner Verharmlosung beteiligen.

Mit dem Hamburger Außenposten der islamistischen und antisemitischen Diktatur im Iran darf es keine Kooperation geben. Es ist vielmehr notwendig, den Staatsvertrag mit dem IZH aufzulösen und der islamistischen Ideologie und all ihren Vertreter*innen entschieden entgegen zu treten und sie zu isolieren. Stattdessen sollte die demokratische und säkulare Opposition im Iran, im Nahen Osten und im Exil in ihrem Kampf gegen Islamismus, Antisemitismus und das iranische Regime auf allen Ebenen wirksam unterstützt werden.

Wie deutsche Universitäten den Antisemitismus und Terrorismus der iranischen Mullahs legitimieren

Das Zentrum der schiitischen islamischen Ideologie ist Vernichtungsantisemitismus

Ayatollah Khomeini, der Gründer der Islamischen Republik Iran, sagte im August 1980: „Vom Beginn unserer Bewegung an war eines unserer Hauptziele die Vernichtung Israels. Ich hoffe, die Muslime werden den Al Quds-Tag am letzten Freitag des Ramadan feiern und Proteste und Treffen veranstalten. Und dass sie rufen werden: ‚Tod Israel! Israel soll von der Landkarte gefegt werden!‘“

Eine der ersten Parolen Khomeinis im Jahre 1979 war, dass die Eroberung von Quds (Jerusalem) über Kerbala im Irak führen würde. In Kerbala liegt das Grab des 3. schiitischen Imam Hossein, der den Mullahs als ideologisches Symbol für Märtyrerbereitschaft im Heiligen Krieg gilt.

Sein Nachfolger Ali Khamenei wiederholte im Februar 2015: „Wir betrachten das zionistische Regime als illegitim, als eine Bastard-Nation. Wir stehen überall hinter jeder Nation und jeder Organisation, die sie bekämpft. [...] Das Endziel unserer Revolution ist die Etablierung einer islamischen Zivilisation. [...] Eine islamische Revolution kann nicht auf ein Land beschränkt sein, sie kann nicht einmal auf die derzeit islamischen Länder beschränkt werden.“

Und Mehdi Rajai, der Repräsentant der internationalen Schulzentren Al-Mustafa in Deutschland, ergänzte: „Diejenigen, die an unseren Schulzentren ausgebildet werden, übernehmen eine große Verantwortung, um die Wurzeln der islamischen Revolution in ihren Ländern zu stärken.“ (FarsNews, 3. März 2015.)

Zwischen Deutschland und dem Iran herrscht ein gefährlicher Kulturaustausch

Das iranische Regime fördert systematisch Schia-Programme und Kulturprojekte an Universitäten weltweit, um seine jihadistische und antisemitische Lehre zu verbreiten. Dies stellt ein Sicherheitsrisiko dar, vor allem, aber nicht nur, für die in Deutschland lebenden Exiliraner und jüdischen Menschen.

Schiiten sind die Anhänger Alis, des Neffen und Schwiegersohns Mohammads, die ihn als aus der Familie des Propheten („ahl al-bayt“) und auserwählten Nachfolger Mohammads betrachten. Zur „Shi‘at ‘Ali“ („Partei Alis“) gehören weitere elf Imame. Die Teheraner Mullahs handeln ihrem Selbstverständnis nach in Allahs Auftrag, als Vertreter des zwölften verborgenen Imam Mahdis. Das Ziel ist die schiitische Islamisierung der gesamten Welt durch den Jihad, den Heiligen Krieg, bis der Imam Mahdi erscheint und die Menschheit anführt.

Ein Beispiel ist die Al Mustafa Universität: Sie wurde zum Zweck des Exports der iranischen schiitischen Revolution im Jahr 2007 gegründet. Sie verfügt über 120 Schulzentren in 60 Ländern. An ihnen wurden in den letzten sieben Jahren 50.000 nicht-iranische Mullahs ausgebildet. Das Regime verwendet die Absolventen der Al-Mustafa-Universität dazu, seine Ideologie und Politik in der Bevölkerung und den Institutionen ihrer Herkunftsländer zu verbreiten und dort für seine Ziele zu rekrutieren.

Die Universität Münster ist ein weit offen stehendes Einfallstor für die iranische Propaganda. Der an der Universität lehrende Professor Mouhanad Khorchide, Leiter des Instituts für Islamische Religionspädagogik, und sein Kollege Markus Gerhold waren laut Informationen der iranischen Nachrichtenagentur IRNA im August 2012 zu Besuch in der Stadt Qom, die als wichtigste heilige Stadt des schiitischen Islam gilt und das geistige Zentrum des iranischen Regimes darstellt. IRNA zufolge trafen Khorchide und Gerhold dort Vertreter der Universität für Religion und Konfession (URD) und der Al-Mustafa Universität. Anschließend gab es ein Treffen mit Ali Janati, dem Minister für Kultur und islamische Aufklärung in Teheran, dessen Ministerium die Zensurpolitik des islamistischen Regimes gemäß der Scharia im Iran verantwortet.

Im Rahmen dieses Iran-Besuches entstand ein Memorandum, in dem Khorchide erklärte, sich um die baldige Eröffnung eines Schia-Lehrstudiums an der Universität Münster zu bemühen. In

Teheran wurde auch vereinbart, dass Mahdi Imanipour, Leiter der Kulturabteilung der iranischen Botschaft in Deutschland und verantwortlich für die in Berlin ansässige „Stiftung für Islamische Studien“ (SIS), Vorschläge für Lehrinhalte und Auswahl der Dozentenschaft für den Schia-Studiengang erarbeiten und durchsetzen sollte. Imanipour ist außerdem Mitglied des „Islamischen Welt-Friedensforum“, das wie die SIS in die Strukturen der terroristischen „Organisation für Annäherung und Verbindung der Religionen“ eingebettet ist, die dem Büro des Religiösen Führers Ali Khamenei unterstehen.

Mouhanad Khorchide hat sich auch auf andere Weise dafür stark gemacht, die Ideologie des iranischen Regimes in Deutschland zu verbreiten. So lud er für Seminare an der Universität Paderborn Gäste aus dem Iran ein, darunter Seyyed Hassan Eslami Ardakani, Assistenzprofessor für Islamische Philosophie und Ethik an der URD. Er beteiligte sich im Januar 2015 an einer Konferenz zum Thema „Islam in Deutschland – Herausforderungen zur Etablierung einer islamischen Theologie“. Die Konferenz fand im Islamischen Zentrum Hamburg (IZH) statt, das direkt von Teheran aus gesteuert wird. Es redeten Ali Reza Aarafi von der Al Mustafa Universität in Qom und Reza Ramezani vom Islamischen Zentrum Hamburg sowie Katajun Amirpur von der Universität Hamburg.

Gemäß der Vereinbarungen in Teheran wurde ein ähnliches Vorgehen auf die Universität Frankfurt angewandt. Mahdi Imanipour hat sich als einflussreiches Mitglied des sieben-köpfigen Komitees in Frankfurt zur Auswahl eines Dozenten für den iranischen Gastprofessor Mohammad Reza Pourjavadi (FU-Berlin) entschieden. Pourjavadi steht seit Jahren in Kontakt mit der iranischen Botschaft und dem Iranlobby-Aktivisten Ali Fathollah-Nejad, der als deutscher Ansprechpartner der Organisation CASMII fungiert, eine Lobbyorganisation für das iranische Regime. Fathollah-Nejad unterrichtet derzeit Hauptseminare an der Freien Universität Berlin.

Qom in Deutschland

Beispiel Universität für Religion und Konfession (URD): Bei der URD handelt es sich keinesfalls um eine mit deutschen Universitäten vergleichbare Einrichtung. Die URD ist eine islamistische Kaderschule mit ideologischen Aufgaben zur Förderung

der terroristischen Expansionspolitik des iranischen Regimes. Sie ist eingebettet in die Strukturen der „Organisation für Annäherung und Verbindung der Religionen“, die dem Büro des religiösen Führers Ali Khamenei untersteht und bildet das Fachpersonal für islamistische Institutionen aus. Deren hauptsächliche Aufgaben sind das Propagieren der Ideologie, Kultur und Politik der islamischen Republik und die Gewinnung und Mobilisierung von Sympathisanten, z.B. Intellektuellen und Wissenschaftlern in den islamischen Ländern, aber auch im Westen.

Die URD kooperiert bereits mit den Universitäten Münster, Frankfurt, Potsdam, Wuppertal, Osnabrück, Berlin und der Staatsbibliothek zu Berlin. Die deutschen Dozentinnen Margareta Gruber von der Universität Paderborn und Angelika Neuwirth von der FU Berlin besuchten mit Studierenden den Direktor der URD, Abdolhassan Nawab. Nawab ist ein Schüler und Vertrauter des religiösen Hardliners Großayatollah Mesbah Yazdi, der als Nachfolger des Religiösen Führers Khamenei gehandelt wird.

Strukturen der URD

Die Dachorganisation der URD, die „Organisation für Annäherung und Verbindung der Religionen“ wurde im Jahre 1995 von Ali Khamenei aus fünf zuvor separaten islamistischen Institutionen aufgebaut. Sie ist dem Büro des Revolutionsführers unterstellt und operiert international insbesondere innerhalb der moslemischen Kulturvereine. Der höchste Rat der Organisation entscheidet über Strategie und Projektführung. Mitglieder dieses Rates sind u.a. der Geheimdienstminister und Chef der Al Quds-Brigaden, Qassem Soleimani, sowie der Minister für Religiöse Aufklärung. Dem Rat gehören außerdem Hassan Rouhani als Chef des Nationalen Sicherheitsrates sowie weitere Minister im Kabinett an. Die Organisation wird durch das Büro Khameinis gesteuert und mit Geldern der nachweislich kriminellen Finanzorganisation „Nothilfe-Fond für Flüchtlinge und Märtyrer“ sowie durch das „Imam-Exekutivkomitee“ finanziert. Hinter dem „Exekutivkomitee“ verbirgt sich ein Firmenimperium, das über ein Vermögen von knapp 100 Milliarden Dollar verfügt und allein von Ali Khamenei kontrolliert wird.

Die „Organisation für Annäherung und Verbindung der Religionen“ ist in den letzten Jahren als größtes Zentrum für die Verbreitung des Fundamentalismus und Antisemitismus bekannt

geworden. Die Organisation lädt über die iranischen Botschaften jährlich mindestens 5000 Islamisten aus aller Welt in den Iran ein, darunter Mitglieder der libanesischen Hisbollah und Hamas-Terroristen sowie Al-Qaida-Sympathisanten. Zehn Prozent der Gäste werden für eine besondere militärische und fundamentalistische Ausbildung ausgesucht und gefördert. Für deren militärische Ausbildung sind die Al-Quds-Brigaden zuständig, die jetzt in Syrien, im Jemen und im Irak morden.

Mahmoud Ahmadinejad, der in seiner Amtszeit als Präsident Vorsitzender des revolutionären islamischen Kulturrats war, hat die Gründung und die Satzung der URD unterschrieben. Das Gründungsdokument zeigt eindeutig, dass die Unterlagen dem Büro des Revolutionsführers Ali Khamenei und dem iranischen Parlament vorgelegt wurden. Ein derartiges Verfahren ist bei der Gründung von Universitäten im Iran nicht üblich und weist auf den besonderen ideologischen Charakter und die Aktivitäten dieser Institution und der Dozentenschaft im Ausland hin. Die Leitfiguren der Forschungsarbeiten der URD sind die Ayatollahs Khomeini und Khamenei. Deren Vertraute, die Großayatollahs Makarem Schirasi, Mesbah Yazdi, Sobhani und Javadi-Amoli kontrollieren das Management, die Lehrkräfte und -inhalte sowie die internationalen Projekte der URD.

Zu den Kuratoriumsmitgliedern der URD gehört auch Mohsen Araki, der derzeit die „Organisation für Annäherung und Verbindung der Religionen“ leitet. Er war langjähriger Leiter des Islamischen Zentrums in London, einem Sammelpunkt für Islamisten. Araki kennt auch die Strukturen der islamistischen Vereine und Kulturinstitute in Deutschland gut und leitet die Kooperationen mit den deutschen Universitäten. Bis dato fehlen öffentliche Berichte und Publikationen über die Iran-Projekte der deutschen Institutionen.

Deutsche Universitäten legitimieren den Antisemitismus und Terrorismus der schiitischen Mullahs

Die deutsche Appeasement-Politik, ihr Kulturrelativismus, ihr Beharren auf einem Dialog und Wirtschaftsbeziehungen, ihre treibende Rolle im Atomdeal in den P5+1-Verhandlungen mit einem islamistischen Regime, das alle zwei Stunden einen Menschen hinrichtet, legitimieren dessen Unterdrückungs-, Antisemitismus-, Atom- und Expansionspolitik. Unter der kurzen

„moderaten“ Präsidentschaft Hassan Rouhanis wurden mehr als 1600 Menschen, darunter Jugendliche, Frauen, Arbeiter, Homosexuelle, Minderheiten und Regimegegner exekutiert. Die deutsche Bundesregierung, die deutschen Parteien und Medien verschließen ihre Augen vor den Szenen den Verfolgungen, der Folter und dem Morden im Iran. Bundeskanzlerin Merkel hat den Westen aufgefordert, die Sanktionen gegen das Hinrichtungsregime aufzuheben. Die Aufhebung der Sanktionen ebnet den Weg des Regimes zur Atombombe. Das Regime braucht sie zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaft und um Israel zu vernichten, für seinen finalen Al Quds-Tag.

Es ist die Aufgabe der Studentinnen und Studenten, die sofortige Beendigung der Kooperationen deutscher Hochschulen und Institutionen mit dem Holocaustleugner-Regime zu fordern und die demokratisch säkulare Regime Change-Opposition für einen atomfreien Iran zu unterstützen!

Dr. Kazem Moussavi
Sprecher der Green Party of Iran in Deutschland



Weiteres zum Thema bei: IRAN APPEASEMENT MONITOR:
<http://iraniansforum.com/eu/>

VERANSTALTUNGEN

Für weitere Veranstaltungen, aktuelle Änderungen und fehlenden Daten schaut bitte auf unsere Homepage unter: noalquds.blogspot.de

Für Veranstaltungen außerhalb Berlins ist zudem die Veranstaltungsreihe des bundesweiten Bündnisses gegen den Al Quds-Tag 2015 „Schall & Wahn – Gegen den Kampftag der antisemitischen Internationalen“ zu empfehlen. Ihr findet sie u.a. unter: schallundwahn.blogspot.eu und bei Facebook.



30. Juni 2015, Uhrzeit folgt, Laidak
(Boddinstraße 42/43, Berlin Neukölln)

„DIE GESCHICHTE DER ISRAEL FOOTBALL ASSOCIATION“

Vortrag mit Alex Feuerherdt, Eine Veranstaltung des LAK Shalom Berlin, shalomberlin.blogspot.de



3. Juli 2015, 20 Uhr, ZGK
(Scharnweber Straße 38, Berlin Friedrichshain)

„ANTISEMITEN ALLER LÄNDER...“ – die Ablehnung Israels als Schnittpunkt von linkem und gesamtgesellschaftlichem Antisemitismus in Europa.

Marius Mocker (freier Referent) erörtert in seinem Vortrag welche Rolle die „längste antisemitische Kampagne des 20. Jahrhunderts überhaupt“ (Robert Wistrich) in diesem Zusammenhang spielt, welche Aktualität Thomas Haurys Erkenntnisse über „die Logik des bundesdeutschen Antisemitismus“ haben und warum Träger von irrationalen Ressentiments jeder Ausformung im Hass auf Israel immer einen gemeinsamen Nenner finden werden.



6. Juli 2015, 19 Uhr, Café Morgenrot
(Kastanienallee 85, Berlin Prenzlauer Berg)

„ISLAMISCHER FASCHISMUS?
SINN UND GRENZEN EINES BEGRIFFS.“

VOLKER WEISS (Hamburg, u.a. Jungle World, Die Zeit) und Mathias Wörsching (Berlin, faschismustheorie.de) diskutieren, inwieweit verschiedene Ansätze der Faschismustheorie beim Verständnis des Islamismus/Dschihadismus helfen können.

Eine Veranstaltung der „Emanzipativen & Antifaschistischen Gruppe“ (EAG), pankow.antifa.cc



9. Juli 2015, 19 Uhr, Raum folgt,
Humboldt-Universität zu Berlin (Berlin Mitte)

„DER QUDS-KOMPLEX: ANTISEMITISMUS, TERROR
UND APPEASEMENT“

Eine Diskussion mit Stephan Grigat, Fathiyeh Naghbizadeh und Thomas von der Osten-Sacken. Die Veranstaltung will klären, welche Funktion dem Al Quds-Tag zukommt und warum Politik und Medien über diesen von radikal islamischen, rechten und linken Antiimperialist*innen unterstützten Aufruf zur Vernichtung Israels hinweg sehen.

Eine Veranstaltung der „STOP THE BOMB Kampagne“
de.stopthebomb.net

Impressum Die Broschüre zu den Protesten gegen den Al Quds-Tag 2015 wird herausgegeben vom antifaschistischen Bündnis gegen den Al Quds-Tag. Die Beiträge im Heft spiegeln nicht unbedingt die Meinung des gesamten Bündnisses und der Verteiler*innen wieder. Dieses Heft bleibt bis zur Aushändigung an die Adressat*innen Eigentum der Absender*innen. Wir verwenden die geschlechtsneutrale Form „*innen“, um neben dem männlichen und weiblichen Geschlecht auch Menschen, die sich nicht ins zweigeschlechtliche Raster einfügen (wollen), zu repräsentieren. Verantwortlich im Sinne des Presserechts ist ROSA STERN, STRASSE DER BEFREIUNG 45, 12053 BERLIN
<http://noalquds.blogspot.de/> — noalquds@punkmail.org

